

Leben hineinzuleiten, um es zu entgiften und zu heiligen. Man mag den alten Männern, die die Kirche leiten — in manchen Dingen zu Unrecht —, vorhalten, daß sie nichts von unserem Leben verstehen und daß sie uns nicht helfen können. Man mag das tun. Aber was ein begnadetes Leben im Alter angeht, da machen sie uns wirklich etwas vor, ja das Äußerste, was man sich nur denken kann. Man braucht nur auf den alten Mann im Vatikan zu schauen, der mit der Kraft, die kein junger Mensch sich zuzutrauen wagen würde, die ganze Kirche in Bewegung setzt, damit sie erneuert wird. Diese Gebetsmeinung ist ein Gespräch des alten Papstes, der in übernatürlicher Lebensfrische den alternden Menschen zuruft: *Werdet meine Nachahmer!* Und da ist niemand, der einen Zweifel äußern kann. Sein Vorbild überzeugt!

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Lage

Die vom 28.—31. August 1961 in Fulda versammelten Bischöfe haben in einem Hirtenwort zu den politischen Ereignissen der letzten Wochen Stellung genommen. Das Hirtenwort, das in allen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland in allen Gottesdiensten am 3. September verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Mit einer schmerzlichen Sorge wenden sich die in Fulda versammelten Bischöfe in diesem kurzen Wort an euch.

Was in Berlin am 13. August dieses Jahres begann, ist uns allen schwer auf die Seele gefallen. Die Stadt, die bisher Brücke für beide Teile unseres gespaltenen Vaterlandes sein durfte, ist nun selbst durch bittere, unerbittliche Grenzen geteilt. Die gewaltsame Spaltung Deutschlands wurde dadurch verschärft. Ungezählte menschliche Verbindungen wurden zerrissen. Da wir als Christen unsere Heimat und unser Volk mit innigem Herzen lieben, erfüllt uns das alles mit tiefem Schmerz.

Auch das kirchliche Leben ist von der vertieften Spaltung betroffen. Zum ersten Male können deutsche Bischöfe, durch äußere Gewalt gehindert, nicht an der gemeinsamen Fuldaer Bischofskonferenz teilnehmen. Es fehlen unter uns der Bischof von Meißen, der neue Bischof von Berlin und der Bischof von Görlitz. Wir sehen unsere Brüder jenseits der schmerzlichen Grenze mit sorgenvollen Fragen in die Zukunft gehen: Wird das Leben der Kirche noch stärker eingeengt werden? Werden die Christen neue Bedrückung erfahren? Wird ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit noch mehr beschnitten werden?

Gewachsen ist seit jenem Tag auch die Sorge um den Frieden der Welt. Muß uns nicht das einseitige Vorgehen politischer Kräfte beunruhigen, die die Spannungen zwischen den Völkern verschärfen und so den Frieden ernsthaft gefährden!

In dieser ernsten Stunde ruft Gott uns an.

Gegen die Mächte der Spaltung und des Hasses setzen wir die Kraft der Liebe und die Tröstung brüderlicher Sorge! Je größer die äußeren Schwierigkeiten werden, um so stärker sei die Glut unseres Herzens, um so wacher unsere Verantwortung für die getrennten Brüder. Jedes Zeichen des Gedenkens, jede, auch die kleinste Gabe echter Liebe wird nunmehr noch kostbarer sein.

Betet, Brüder, ohne Unterlaß und voll Vertrauen! Laßt uns noch einmal die großen Anliegen nennen: die Freiheit

der Kirche, Gottes Gnade für die Bedrängten, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der Friede der Welt. Es muß uns zur festen, tragenden Haltung werden: Wenn wir ins Gebet gehen, dann holen wir diese Sorgen herein und geben ihnen Raum. Und auch in den Gottesdiensten unserer Gemeinden gehört ihnen ein gesicherter Platz.

Wir wollen uns noch heute in ganz Deutschland zu einer Gebetsstunde zusammenfinden, um unserer Brüder und Schwestern in ihrer Bedrängnis zu gedenken.

Öffnen wir uns dem Anruf Gottes, damit die Zeit der Prüfung für unser Volk und für jeden von uns eine Zeit der Heimsuchung und der Gnade werde.

Christliche Soziallehre — Kommunistische Sozialpraxis. 11. Kongreß „Kirche in Not“

Unter dem Generalthema „Christliche Soziallehre — Kommunistische Sozialpraxis“ fand im „Haus der Begegnung“ in Königstein im Taunus vom 2.—6. August 1961 der 11. Kongreß „Kirche in Not“ statt. An der Tagung, die sich auch mit der Lage der Kirche hinter dem eisernen Vorhang befaßte, nahmen rund 1000 Delegierte aus 30 Nationen teil; fast alle Völker unter kommunistischer Herrschaft waren vertreten.

Den Kongreß eröffnete der im Exil lebende Bischof Boleslav Sloskans (Minsk und Mogilew), der durch seine sechsjährige Inhaftierung in 17 Gefängnissen und zwei Arbeitslagern in der Sowjetunion selbst ein Zeuge und Opfer der Kirchenverfolgung ist. Der Gründer und Leiter der Königsteiner Anstalten, Prälat Adolf Kindermann, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß der Kongreß dazu beitragen solle, die freie Welt mit aller Eindringlichkeit an die Not der Brüder und Schwestern in der Kirche des Schweigens zu mahnen und daß sie gegenüber der Bedrohung aus dem Osten eine größere Wachsamkeit an den Tag lege.

Religion und Kommunismus heute

Das Eingangsreferat hielt Professor Walter Kolarz, London, über „Religion und Kommunismus heute“. Er bezeichnete die Religion als das größte Hindernis zum Erfolg des Kommunismus in den selbständig werdenden Staaten Asiens und Afrikas. Wenn sich in Afrika auch viele Katholiken und Mitglieder der katholischen Elite als „Sozialisten“ bezeichneten, so verstünden sie das nicht im Sinne marxistischer Parteiprogramme. „Sozialismus“ sei für sie gleichbedeutend mit nationaler Solidarität und dem traditionellen Gemeinschaftsgeist des afrikanischen Dorf- und Stammeslebens, „Marxismus“ bedeute hier nicht eine tyrannische, allumfassende Weltanschauung, er sei für sie vielmehr ein Teil jenes eklektischen Weltbildes, ein rein ökonomisches Phänomen, ohne philosophisch-weltanschauliche Relevanz. Noch ehe man den Marxismus voll erkannt habe, habe man ihn zu leicht und zu seicht befunden. Daher laute heute die Formel in Afrika: *Marxismus für die Ökonomie — Religion für die Menschenseele.* Diese Einstellung berge aber auch die Gefahr in sich, daß dem unverfälschten Marxismus doch noch die Tore geöffnet werden.

Auf die Bedrohung der Kirche in Rußland eingehend, glaubte Kolarz einige hoffnungsvolle Aspekte aufzeigen zu können. Nach der offiziellen sowjetischen Ansicht befinde sich der Sowjetstaat auf dem Wege zum Vollkommunismus, also jener Gesellschaftsordnung, wo alle menschlichen Bedürfnisse erfüllt und die verschiedenen gesellschaftlichen Widersprüche und Unterschiede ver-

schwunden sein sollen. Bisher habe die Religion den Kommunismus wie ein Schatten begleitet, und auch die Ära des Vollkommunismus werde noch mit dem religiösen Menschen rechnen müssen. Im Jahre 1980, da der Vollkommunismus nach den sowjetischen Plänen Wirklichkeit sein soll, werde der jetzige jüngste Erzbischof der Russisch-Orthodoxen Kirche, Nikodim, wenig über 50 Jahre alt sein. Einige Dutzend junge Männer, die heute in den Zwanzigerjahren stehen und sich auf das Priestertum vorbereiten, werden 1980 Anfang Vierzig sein. 1980 werde es mindestens 5 Millionen Gläubige geben, also Menschen, die dort geboren und erzogen sind. Für die Kommunisten stelle sich dann ein auswegloses Dilemma. Sie müßten entweder ihr praktisches Ziel einer Gesellschaft, aus der jede Unterdrückung gebannt ist, opfern oder aber das Prinzip des Atheismus, wie es heute in Rußland gehandhabt wird, aufgeben zugunsten eines toleranten Agnostizismus nach westlichem Vorbild. Toleranz aber bedinge Gleichheit, wodurch der Aufstieg der Gläubigen in alle Posten des Staates gegeben wäre. Damit könnten Gläubige auch den Lehrerberuf ergreifen, und damit wäre ein Grundpfeiler des Systems, die antireligiöse Erziehung der Jugend, zerstört. So werde nicht nur der Einzelmensch, der den Glauben im Herzen trägt, sondern auch die religiöse Institution, gegen die das kommunistische Regime einen Vernichtungskampf führt, ein Teil der sowjetischen Wirklichkeit bleiben.

Kann der Kommunismus überwunden werden?

Douglas Hyde konnte wegen Krankheit am Kongreß nicht teilnehmen, ließ jedoch sein Vortragsmanuskript verlesen. Er wies darauf hin, daß im Kampf um die Welt Herrschaft des Kommunismus Afrika, Asien und Lateinamerika vom kommunistischen Standpunkt aus die entscheidenden Gebiete sind. Gleichzeitig seien das auch die traditionellen Missionsgebiete der Kirche. Hier werde in den nächsten Jahren der große Kampf stattfinden und jeder Christ in ihn hineingezogen werden. In China, Nordkorea und Nordvietnam habe sich gezeigt, daß christliche Mission dort ende, wo der Kommunismus triumphiere. Mit der Herrschaft des Kommunismus in China habe die Kirche vielleicht ihr aussichtsreichstes Missionsgebiet verloren. Dies könne sich überall in Asien, Afrika und Lateinamerika wiederholen.

Das Entstehen einer neuen Industriegesellschaft in den Entwicklungsländern, die sich den Westen zum Vorbild nimmt, führe zum Zusammenbruch des religiösen Glaubens. Der Kommunismus gehe auf das spirituelle Vakuum zurück, das die Industrialisierung bei uns im Westen geschaffen habe. Nun exportiere der Westen die industrielle Gesellschaft in die Entwicklungsländer und damit auch das spirituelle Vakuum. Die in die Entwicklungsländer gesandten Experten hätten oft überhaupt keine religiöse Überzeugung und zögerten nicht, in den Entwicklungsländern zu erklären, daß der moderne Mensch Gott verwerfe und die Wissenschaft die Religion überflüssig mache. Entwicklungshilfe könne zwar den Kommunismus verhindern, aber jene, die Hilfe bringen, schüfen allzuoft die Vorbedingungen, in denen sich der Kommunismus entwickeln kann.

Die Geschichte der letzten 13 Jahre zeige, daß der Sieg des Kommunismus zwar möglich, aber nicht unvermeidbar sei. Wenn die Christen wirkliche Besorgnis zeigen für die, die in Not sind, werden diese den Kommunismus

nicht wählen. Dies aber setze Opfer voraus. „Wenn wir die rote Sturmflut aufhalten wollen, müssen wir etwas vom Geiste des hl. Franz von Assisi in uns aufnehmen. Wenn wir der kommunistischen Herausforderung in positivem Sinne entgegentreten, dann werden wir nicht nur den rein negativen Kampf gegen den Kommunismus gewinnen, sondern wir werden damit auch ein wertvolles positives Ziel erreichen. Wir werden die Welt christlicher machen, als sie es jetzt ist, und wir werden das Gewissen des Westens und auch unsere eigenen Seelen retten.“

Kirche und Kommunismus in Lateinamerika

Die Not der Kirche in Lateinamerika bezeichnete Paulus Gordan OSB als eine aus historischen, soziologischen und demographischen Gründen herzuleitende Struktur schwäche, als eine lebensbedrohende Anämie, von der ein volles Drittel der katholischen Christenheit befallen sei. Der Kommunismus fände darum in diesem dem Anschein nach einheitlich katholischen Subkontinent nicht nur auf Grund der sozialen und politischen Verhältnisse einen überaus günstigen Nährboden, sondern er stieße auch auf keine hinreichend starke geistige Abwehr, geschweige denn auf eine positive Kraft von Seiten der katholischen Kirche, die imstande wäre, ihm etwa durch soziale Reformen großen Stils den Wind aus den Segeln zu nehmen. So integriere sich zwar auch für Lateinamerika in der augenblicklichen Weltstunde alle Not und Gefahr im Kommunismus; aber die Kirche Lateinamerikas wäre auch ohne ihn in Not — und diese Not der Kirche sei die größte Chance des Kommunismus.

Im einzelnen wies Gordan an Hand von Zahlen auf das bekannte Phänomen des Priestermangels der Kirche in Lateinamerika hin (9 Prozent aller Priester für 34 Prozent aller Katholiken), zeigte die dadurch entstehenden Engpässe in der Seelsorge (1 Priester auf 5000 Seelen), vor allem angesichts des weitverbreiteten Analphabetentums (etwa 60 Prozent), der schwierigen Verkehrsverhältnisse, der materiellen Armut der Kirche, und machte auf die religionspsychologischen Auswirkungen des Einbruchs der modernen technischen Welt in die Seele einer Bevölkerung aufmerksam, die in den Sog der wachsenden Großstädte und Industriezentren gerate, wo sie die natürliche Bindung an Gott und die Welt des Religiösen verlore und nicht einmal einen sozialen Wohlstand dafür eintausche, sondern in ein Subproletariat absinke. Dazu komme noch das demographische Wachstum, mit dem Lateinamerika an der Spitze der Weltbevölkerung liege, da es seine Bevölkerung jeweils in zwanzig Jahren verdoppele und im Jahre 2000 etwa 600 Millionen Menschen zählen werde, die ein Recht und einen Anspruch auf christlichen Glauben und christliches Leben hätten, ohne daß man sähe, wie diesem Anspruch genügt werden könne, da die Zahl der Priesterberufe mit der Bevölkerungsvermehrung nicht Schritt halte, und selbst wenn sie es täte, immer hinter der Notwendigkeit zurückbliebe. Die Hoffnung läge in einem fast revolutionär zu nennenden apostolischen Laieneinsatz.

Der Kommunismus habe sich offenkundig gerade in letzter Zeit planvoll für Lateinamerika zu interessieren begonnen. So gebe es sowohl in Moskau als auch in Peking je ein eigenes Institut für südamerikanische Angelegenheiten beim Zentralkomitee der kommunistischen Parteien. Moskau und Peking seien auch das Ziel zahlloser Delegationen aus lateinamerikanischen Staaten.

Über den Rundfunk würden ebenfalls von den beiden Hauptstädten des Weltkommunismus in spanischer, portugiesischer und sogar in den indianischen Sprachen etwa 110 Stunden in der Woche Sendungen nach Lateinamerika ausgestrahlt. Dazu komme eine Flut von Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdiensten, mit der sowohl die intellektuelle Elite als auch die Gewerkschaftsführer, aber auch der Mann auf der Straße in seiner Sprache angesprochen werde, wobei nationale und soziale Ressentiments mit Eifer und Geschick hochgespielt würden.

Offiziell scheinere der Kommunismus in Lateinamerika keine Macht zu sein, die kommunistische Partei sei in den meisten Ländern verboten. Um so mehr versuche der Kommunismus durch Unterwanderung und Infiltration in einflußreiche Stellungen zu gelangen. Die intensiven Handelsbeziehungen zu allen Ostblockstaaten erleichterten den Kommunisten ihre subversive Tätigkeit. Immer führender scheinere der Einfluß Chinas zu werden. So habe Peking einen eigenen Leitfaden verfaßt, wie man die Kirche in Lateinamerika schlagen könne (vgl. ds. Heft, S. 39). Trotzdem, schloß P. Gordan, sei noch nicht alles verloren, es sei aber das Gebot der Stunde, der Kirche in Lateinamerika zu helfen, denn die Not eines Drittels der katholischen Christenheit sei auch die Not der Gesamtkirche.

Rechtsentwicklung und Ethik im Kommunismus

Professor *Valters*, Wien, behandelte das Thema „Rechtsentwicklung und Ethik im Kommunismus“. Marx habe den Grundsatz aufgestellt, daß das Verschwinden der Klassen auch das Verschwinden von Staat und Recht mit sich bringen müsse. So habe man 1917 die Gesetze abgeschafft und die Gerichte nach sozialistischem Rechtsempfinden entscheiden lassen. Dieses Experiment sei aber gescheitert, denn die Auflösung der Gesetze habe auch den Staat ins Wanken gebracht.

Heute sei die Rede davon, daß die Aufgaben des Staates der Gesellschaft übergeben werden sollen. Die Diktatur Stalins, in der es kein Gebiet gegeben habe, in das sich nicht der Staat eingeschaltet habe, habe schließlich zur Isolierung geführt. Das Volk ließ den Staat tun und lebte nicht mehr mit ihm. So habe man sich auf die Mitverantwortung des Volkes umgestellt. Laienrichter würden in einer Art Arbeiterversammlung durch Handaufhebung gewählt, was dem einzelnen seine Mitverantwortung zum Bewußtsein bringen solle. Sei bisher nur die Miliz gegen private Vergehen eingeschritten, so seien heute alle Bürger aufgerufen mitzuwirken. Kollektiv- oder Kameradschaftsgerichte hätten heute die Aufgabe, Gestrauchte wieder in die Gesellschaft einzugliedern. So habe die Angst vor der Isolierung das kommunistische Regime zwar veranlaßt, mit den Kollektiv- oder Kameradschaftsgerichten auf ethische und moralische Grundsätze zurückzugreifen, zugleich aber der Partei durch die sog. Mitwirkung des Volkes die totale Kontrolle auch über das private Leben verschafft. Gleichzeitig könne aber das Kollektiv auch die Religion bekämpfen, ohne dazu eine besondere Rechtsgrundlage zu haben. Trotzdem zeigte sich *Valters* optimistisch: „Sobald man vom Volk verlangt, daß es praktisch an der Rechtsprechung teilhat, ergeben sich für jeden einzelnen auch Maßstäbe für sein Verhalten. Diese ethischen Grundsätze sind aber doch wohl dieselben, die es früher gab und die es immer geben wird und die auch mit den christlichen übereinstimmen.“

Vorbereitung für eine bessere Zukunft

Über die Hilfe für die Völker hinter dem eisernen Vorhang und die Vorbereitung für eine bessere Zukunft sprach P. *Werenfried van Straaten*. Als besonderes Anliegen außer der materiellen Hilfe bezeichnete er den Priester Nachwuchs. So habe die Ostpriesterhilfe in den letzten Jahren 20 Priesterseminare in der freien Welt errichtet, an denen zur Zeit 3000 Seminaristen ausgebildet werden. Augenblicklich stünden etwa 700 Priester für die Seelsorge in den Satellitenstaaten für den Tag X, den Tag der erwarteten Befreiung vom kommunistischen Joch, zur Verfügung — aber 18 000 Priester würden gebraucht. Neben Priestern werde auch eine katholische Intelligenz für die späteren Aufgaben im Osten vorbereitet, auch dies im Rahmen der Ostpriesterhilfe. P. *Werenfried* schloß mit einem Appell, dem weitverbreiteten Individualismus abzusagen und vor allem die Liebe und die Einheit im Westen wiederherzustellen, denn nur so könne dann die große Aufgabe im Osten bewältigt werden.

Professor *Johannes Hirschmann SJ*, der für den durch Krankheit verhinderten Professor *Oswald von Nell-Breuning SJ* sprach, gab einen Überblick über die neue Sozialzyklika Papst *Johannes' XXIII. Mater et magistra* und stellte die Unterschiede zwischen katholischer Soziallehre und kommunistischer Sozialpraxis heraus.

Die Verfolgung der Kirche

Zwischen den großen Vorträgen wurden die Situationsberichte über den Stand der Kirchenverfolgung gegeben. Da die *Herder-Korrespondenz* in ihrer Berichterstattung über die Lage der Kirche in den Ländern und die Verfolgung der Kirche im Osten laufend die wichtigsten Daten und Ereignisse berichtet, sei hier nur auf einige weniger bekannte Vorgänge verwiesen.

Rumänien. — Die Unterdrückung der katholischen Kirche des lateinischen Ritus begann de facto parallel mit der Auflösung der unierten, denn durch das Schulgesetz vom 2. 8. 1948 und das Kulturgesetz vom 4. 8. 1948 wurden beide in gleichem Maße betroffen. Nach der Wegnahme aller konfessionellen Schulen und caritativen Einrichtungen wurde die Zahl der römisch-katholischen Diözesen auf zwei vermindert. 1949 wurden auch die letzten zwei katholischen Bischöfe verhaftet. Der Druck auf die noch amtierenden Priester und das gläubige Volk nimmt ständig zu. Der Gottesdienstbesuch wird fast unmöglich gemacht. Trotzdem lebt die katholische Kirche in Rumänien, wenn sie auch mehr ein Katakombendasein führen muß.

Die Lage der unierten Kirche byzantinischen Ritus' hat sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren weiter verschlechtert. So gibt es im ganzen Lande nicht eine Kirche oder Kapelle, wo die Liturgie gefeiert werden darf. Im letzten Jahr ist die zunehmende Tendenz zu beobachten, daß man versucht, die aus der Anonymität aufgestöberten unierten Priester zum Übertritt in die von den Kommunisten anerkannte orthodoxe Kirche zu bewegen. Das Hauptziel der Kommunisten ist der Bruch mit dem Vatikan, und sie belohnt die Betreffenden dann mit einem Lehrstuhl an dem orthodoxen theologischen Institut in Bukarest oder mit einer guten Anstellung in einem Ministerium.

Gleichzeitig hat sich aber auch die atheistische Propaganda gegen die orthodoxe Kirche verschärft. Die theologischen Seminare wurden bis auf sechs aufgelöst. Die gegenwärtig

tige Krise ist gekennzeichnet durch die Entvölkerung der Klöster. Da die Mönche und Nonnen nicht die Möglichkeit erhalten, sich das Existenzminimum zu verdienen, sind sie buchstäblich dem Hunger preisgegeben. Ebenso geht es den weltlichen Priestern, die nur von dem leben, was sie von den Gläubigen bekommen. So versucht der Kommunismus in Rumänien planmäßig eine Kirche nach der anderen zu vernichten; erst die katholische Kirche, jetzt die orthodoxe.

Ukraine. — Die Ukrainische Katholische Kirche des byzantinisch-slawischen Ritus, die die bis 1918 zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie gehörigen Länder Galizien, Bukowina, Karpatoukraine und Ostslowakei umfaßte, existiert in diesem Gebiet formell nicht mehr. Sie wurde von den kommunistischen Regierungen der Nachbarstaaten gewaltsam zerstört. Die Hierarchie und die meisten Priester wurden in die Gefängnisse geworfen oder nach Sibirien verbannt, die Priesterseminare aufgehoben, die kirchliche Presse verboten. Ein Teil der Priester rettete sich nach dem Westen. Die Diözesen wurden dem Moskauer Patriarchat übergeben und durch russisch-orthodoxe Bischöfe besetzt. Einen Priesternachwuchs in den Heimatdiözesen gibt es nicht mehr. Nach dem Tode Stalins erhielten die in der Heimat in Verstecken oder als gewöhnliche Arbeiter lebenden Priester und die Gläubigen etwas Bewegungsfreiheit, doch sprechen die letzten Nachrichten bereits wieder von neuen Priesterverhaftungen.

Litauen. — Hier leben zur Zeit noch vier Bischöfe, aber nur einer, Bischof Petras Maželis, darf in seinem Amt als Apostolischer Administrator der Diözese Telsiai tätig sein. Die anderen drei leben in der Verbannung außerhalb ihres Jurisdiktionsbereichs. Im ganzen Land gibt es gegenwärtig 910 Priester und 581 noch offene Kirchen. In dem einzigen noch bestehenden Priesterseminar studieren 47 Alumnen, im Durchschnitt werden im Jahr zehn Priester geweiht. Das religiöse Leben ist im allgemeinen im Volke noch sehr rege. Vor allem ist es den Kommunisten bisher nicht gelungen, die litauische Jugend für sich zu gewinnen. Sie erließen daher erst kürzlich ein Verbot, daß Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Priestern bei Meßopfer und Andachten dienen. Mit der Ende Juli bekannt gewordenen Erhöhung der Kirchenbesteuerung um das Zwei- bis Dreifache will das Regime die noch offenen Kirchen zum Schließen zwingen.

Lettland. — Die Situation der Kirche gleicht der in Litauen, mit dem Unterschied, daß Lettland heute ohne Bischof ist. Der einzige lettische Bischof (abgesehen von den im Exil lebenden Bischöfen), Kasimir Dulbinskis, lebt nach langen Jahren Konzentrationslager und Gefängnissen als einfacher Waldarbeiter in Rußland. Der von Papst Johannes XXIII. im November 1960 zum Apostolischen Administrator von Lettland ernannte Dekan Julijans Zacests wird durch die von den kommunistischen Behörden auferlegten Beschränkungen praktisch an der Ausübung seines Amtes gehindert. Zwar besteht heute offiziell kein Priesterseminar mehr in Lettland, trotzdem warten sieben Theologiestudenten auf die Priesterweihe, deren Genehmigung von seiten der kommunistischen Behörden noch in Frage gestellt ist. Den Priestern ist die Ausübung der Seelsorge nur in ihren eigenen Pfarreien erlaubt. Auch hier ist es dem Kommunismus nicht gelungen, das Volk zum Atheismus zu bewegen. Aller Propaganda und allen Schikanen zum Trotz erziehen die Eltern ihre Kinder im religiösen Sinne und unterweisen sie im geheimen in der Lehre der Kirche.

Entschließung des Kongresses

Der Kongreß, der wie in den vergangenen Jahren vor allem auch der brüderlichen Begegnung der Völker diente, fand seinen Abschluß mit einer Entschließung, in der es unter anderem heißt:

„Es ist für die Zukunft wichtig, daß die Christen des Westens den Kommunismus erkennen und richtig werten. Die Presse der freien Welt unterrichtet vielfach ungenügend oder falsch über die Lage der Länder hinter dem eisernen Vorhang. Man kann ihr oft den Vorwurf nicht ersparen, daß sie zu bedrohlichen Ereignissen und Entwicklungen in den kommunistisch beherrschten Ländern schweigt. — Vor allem die Christen sind — wie es die neue Enzyklika *Mater et magistra* betont — berufen, sich ihrer sozialen Verpflichtung für die notleidenden Völker bewußt zu werden. — In der Abwehr der kommunistischen Bedrohung und in der Verpflichtung für die notleidenden Völker ist das Zusammengehen aller Christen Gebot der Stunde. — Der Kongreß ‚Kirche in Not‘ bittet erneut die maßgebenden Stellen in Kirche und Staat, den verklavten Völkern und besonders der Kirche des Schweißens einen besonderen Gedenktag zu widmen.“

Zehn Jahre Klosterneuburger Bibelapostolat

Am 8. Juni 1961 beging das Stift Klosterneuburg die Feier des zehnjährigen Bestehens seines Bibelapostolates. Wie Augustiner-Chorherr Norbert Höslinger, der derzeitige Leiter des Apostolates, ausführte, wollte seinerzeit der Begründer, Professor Pius Parsch, nach dem Beispiel der großen evangelischen Bibelgesellschaften eine großangelegte katholische Bibelaktion ins Leben rufen, doch gelang ihm nur ein bescheideneres Werk, eben das Klosterneuburger Bibelapostolat. Der frühe Tod von Pius Parsch (1954), der Personalmangel im Stift und die immer noch in den Anfängen befindliche Bibelbewegung im katholischen Raum ließen auch dieses Werk nicht so vorankommen, wie der Begründer es erhofft hatte. Doch wurde viel erreicht. Das Neue Testament, das vom Bibelapostolat zu einem äußerst billigen Preis (Taschenbuchausgabe S 12.—, Volksausgabe S 14.—) herausgebracht wird, hat eine Auflage von 370 000 erreicht, das Alte Testament von 20 000. Interessant war der Erfolg einer Plakataktion zur Anschaffung der Bibel in Wien im Herbst 1960; schlagartig konnten 7000 Exemplare des Neuen Testaments in Wien abgesetzt werden. Der Verkauf der Bibel genügt natürlich nicht. Daher verfaßte Pius Parsch zum Verstehen und Erklären der Bibel die Schriften „Wie lerne ich Bibel lesen?“ und „Wie halte ich Bibelstunde?“ Jene erreichte eine Auflage von 60 000, diese, die vornehmlich für Priester bestimmt ist, 8000, dazu Übersetzungen in drei Fremdsprachen.

Das Hauptwerk von Pius Parsch, „Das Jahr des Heiles“, ist in neun Fremdsprachen und sein Büchlein „Lernet die Messe verstehen“ in dreizehn Sprachen übersetzt worden, u. a. ins Chinesische und ins Suaheli. Ferner gibt das Bibelapostolat die Zeitschrift „Bibel und Liturgie“ als praktisches Werkblatt heraus und veröffentlichte eine Anzahl bibelwissenschaftlicher Werke.

Über die Bibelbewegung in Österreich hat Prof. Alois Stöger in dem Werk zu Ehren des 70. Geburtstages von Michael Pfliegler „Custos, quid de nocte?“ (Herder, Wien) die wichtigsten Tatsachen zusammengefaßt. Nach 1945 wurde in Österreich eine Anzahl von Tagungen über das Thema Bibel, u. a. die Wiener Seelsorgetagung 1954,

abgehalten. Eine Umfrage in Wien, veröffentlicht in „Bibel und Liturgie“ (1957/58), ergab, daß von 122 Pfarren 54 allgemein zugängliche Bibelstunden halten, meist vierzehntägig, mit Besucherzahlen zwischen 30 und 50. Seither hat aber der Besuch der pfarrlichen Bibelstunde überall nachgelassen. Dafür hat sich ein anderer Weg aufgetan. Die Aktivistenkreise der KAJ haben nach den Ideen von Cardijn begonnen, ihre Runden mit einer Schrifflutung und kurzen Schrifterklärung einzuleiten. Diesem Beispiel sind alle Gliederungen der Katholischen Aktion gefolgt. Zum Ergebnis der vielfachen Bemühungen — viele Namen werden hier genannt — sagt Stöger, daß von einer Bibelbewegung im eigentlichen Sinn in Österreich nicht gesprochen werden kann, daß aber die Bibel dem Volk tatsächlich nähergebracht worden ist, vielfach in engem Zusammenhange mit der Liturgie.

Bibelkritik heute

Bei der gleichen Feier am 8. Juni sprach Prälat Dr. Erwin Hesse, Wien, unter dem Titel „Bibelbewegung — heute“ über die derzeitige katholische Bibelforschung und Bibelkritik. Hesse ging von der Bibel-Enzyklika Pius' XII. *Divino afflante Spiritu* aus, in der es heißt, daß die „echte Freiheit der Kinder Gottes einerseits treu an der kirchlichen Lehre festhält, andererseits aber jeden Beitrag der Profanwissenschaften dankbar annimmt“. Seither weht ein neuer Wind durch die katholische Bibelwissenschaft. Die katholischen Exegeten wurden zu einer unbefangenen Auseinandersetzung mit allen Problemen, die die Bibel aufwirft, ermutigt. „Gläubige Bibelkritik“ könnte man dieses Phänomen nennen. Sie macht Schluß mit dem biblischen Monophysitismus und betont — analog zum Konzil von Chalcedon, das die zwei Naturen in Christus definierte, daß die Bibel sowohl Gottes Werk wie echtes Menschenwerk ist. Auch im Ansturm der Inspiration bleibt der Mensch wahres geschichtliches Wesen, da Gott nicht seine Eigenart und Persönlichkeit zerstören will. Er schreibt daher Geschichte, wie man eben zu seiner Zeit Geschichte aufgefaßt hat, und nicht, wie man Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert versteht. Die Heilige Schrift ist auch die Nationalliteratur des jüdischen Volkes und umfaßt als solche auch Poesie, Märchen und Mythen. Die Gattungsforschung, zu welcher Pius XII. ausdrücklich aufgefordert hat, sucht den literarischen Charakter eines jeden Teiles der Heiligen Schrift zu erforschen. So redet der Schöpfungsbericht weithin in mythischer Sprache und enthält mythische Elemente.

Andererseits aber erschließt die moderne Forschung ebenso präzise die Bedeutung der göttlichen Inspiration. Sie zeigt, daß alle heilige Schriften Tendenzschriften sind, nämlich von der Leidenschaft des „Kerygma“, der Predigt, erfüllt sind: Kerygma als von Gott beauftragte Verkündigung und Heroldsruf, den es aus den Schriften herauszuhorchen gilt. Dieses Kerygma ist allemal das Auswahl- und das Formungsprinzip der Bibel.

Das *Auswahlprinzip*: aus der Fülle der Worte und Taten Jesu mußte ausgewählt werden (siehe das Schlußwort des Johannesevangeliums). Die junge Kirche hat nun aus der Situation ihrer Zeit das ausgewählt, was im Vordergrund stand und was die Not der Gemeinden war. So lesen wir heute die Bibel immer zweidimensional: einmal auf das hin, was Jesus gesagt und getan hat, und zum anderen auf die Ereignisse und Probleme der 60er, 70er, 80er, 90er Jahre hin, in denen die Schriften aufgezeichnet wurden.

Das *Formungsprinzip*: mit Rücksicht auf die Zuhörer

wurden die Worte Jesu nicht in gleichsam stenographischer Treue, sondern frei wiedergegeben und dabei umgeformt. Wenn Jesus dem reichen Jüngling nach Markus 10, 18 sagt: „Was nennst du mich gut? Niemand ist gut außer Gott“, nach Matthäus aber (19, 17): „Was fragst du mich über das Gute? Einer ist der Gute“, so hat Markus offenbar die ursprünglichen Worten Jesu wiedergegeben. Matthäus hingegen hat aus Sorge, seine Zuhörer könnten die Göttlichkeit Jesu verkennen, die Worte Jesu abgeschwächt. Die Evangelisten schreiben eben nicht als Historiker, sondern als Seelsorger.

Dieser Freiheit, das Wort Gottes wiederzugeben, steht aber andererseits eine fast sklavische Ehrfurcht vor dem Wort Gottes gegenüber. So Paulus im ersten Korintherbrief 15: „Ich habe euch übergeben, was ich auch überliefert bekommen habe...“, wobei seine Sprachweise ganz unpaulinisch ist.

Wo das Kerygma noch nicht festgelegt war, hatten Jünger und Evangelisten kraft der Inspiration die Autorität, das Wort des Meisters zu ändern. Jesus hat sich seinen Jüngern anvertraut („Wer euch hört, hört mich“). Wir haben sein Wort nicht isoliert. Jesus ist immer verbunden mit seinen Jüngern. Er lebt weiter in ihnen und in der Kirche. Wie die Jünger in der Autorität Jesu gesprochen haben, spricht auch die Kirche zu uns.

Beim Bibellesen treten die Priester und Gläubigen in eine neue Lage ein. Während uns die Kirche bisher immer als die Verkünderin des dogmatisch Sicheren, als der Fels gegenübertrat, begeben wir uns nun auf ein Gebiet, wo über sehr wenige Stellen der Heiligen Schrift von der Kirche ein letztes, abschließendes Wort gesagt ist, wo vielmehr noch alles im Fluß ist, wo ein Raum der freien Meinungsäußerung in der Kirche entsteht. So ist uns die Kirche heute nicht nur der Fels, sondern auch der Strom, wodurch sie noch reicher und lebendiger wird.

Aus Süd- und Westeuropa

Seelsorge an den Fernstehenden in Italien

In den letzten Jahren hat sich die Kirche in den verschiedenen Ländern, so auch in Deutschland, in wachsendem Maße um die seelsorgliche Betreuung der Ferienreisenden und Urlauber bemüht. Eine neue Form solcher Betreuung wurde in letzter Zeit in Italien entwickelt. Ihre Bedeutung liegt darin, daß es sich dabei nicht einfach um einen Dienst der Seelsorge an den Gläubigen während der Urlaubszeit handelt, sondern die Initiatoren der Aktion setzten sich zum Ziel, die sogenannten Saisonkatholiken und die der Kirche Entfremdeten, die ihre Ferienzeit in Hotels und Bädern verbringen, durch theologische Vorträge und private und öffentliche Diskussionen für religiöse Fragen zu interessieren und dadurch dem Glauben näherzubringen. Schon allein aus diesem Grund verdient das Experiment auch über die Grenzen Italiens hinaus Beachtung, und es hat auch bereits in anderen Ländern, besonders in Frankreich, Aufmerksamkeit gefunden. Der Initiator und Propagator der Idee, die an pastoraler Originalität etwa der Einrichtung einer Artisten- und Theaterseelsorge im deutschen Sprachraum Anfang der fünfziger Jahre gleichkommt, ist der 48 Jahre alte italienische Dominikaner Giovanni Arrighi. P. Arrighi, ein ehemaliger Offizier, der erst als Spätberufener den Weg zum Priestertum gefunden hat, war von 1956 bis 1959 Prior des italienischen Dominikanerkonvents in Bozen; seit 1960 ist er Professor für

Pastoraltheologie an der Lateranuniversität. Als Mann von Welt und geistvoller Redner hat er unschwer Zugang zu einer Schicht gefunden, die dem Priester meist mit Geringschätzung, wenn auch nicht ohne menschliche Sympathie begegnet. Seit 1956 widmet sich P. Arrighi bereits dieser Art von religiösen Kontakten. Seine Tätigkeit erstreckt sich vornehmlich auf die großen Kur- und Badeorte Norditaliens. Über seine Erfahrungen hat er nun ein Buch veröffentlicht, worin er in einer ausführlichen Analyse über das Ziel seiner Arbeit, deren Methoden und deren Erfolge berichtet (G. Arrighi OP, *Cristo tra i lontani*, Borla, Turin 1961). Da es hier nicht möglich ist, das Buch ausführlich zu würdigen, beschränken wir uns auf die Hervorhebung einiger wesentlicher Aspekte.

Das Ziel des Apostolates

Das Ziel seines Apostolates erblickt P. Arrighi in der Hinführung oder wenigstens in der Annäherung der Menschen, die die Kur- und Badeorte bevölkern, an die Wirklichkeit der Kirche und die Realität des Glaubens. Maßgebend für die Initiative war zunächst die Erkenntnis, daß sich die Kirche zwar um die Betreuung und religiöse Erneuerung der verschiedenen sozialen Milieus bemüht habe, der Jugend, der Studenten, der Bauern und Arbeiter, Milieus, die zwar von der Pfarrei her nicht ohne weiteres mehr zu erfassen sind, zu denen aber immerhin noch natürliche Verbindungslinien von seiten der Pfarreien bestehen. Hingegen seien jene Schichten vernachlässigt worden, die sich auf Grund ihres sozialen Status und auf Grund ihrer Bildung im Verhalten von den anderen sozialen Gruppen wesentlich unterscheiden und — weil oft keinerlei Bindung zur Pfarrei und auch sonst kaum Kontakte mit Kirche und Geistlichkeit bestehen — sich am wenigsten lenken oder religiös beeinflussen lassen. Es handelt sich dabei gerade um jene Gruppen von Selbständigen, meist führenden Kaufleuten, Industriellen, Diplomaten, Vertretern des Managements, von Presse und Film, denen auf Grund von Reichtum und gehobener Lebenshaltung oder auf Grund erhöhter Bildung und Verantwortung eine gewisse Führungsrolle innerhalb der Gesellschaft zukommt. Diese Gruppen können, abgesehen davon, ob religiöse Bereitschaft an sich vorhanden ist oder nicht, oft gar nicht von sich her den Kontakt zu den sichtbaren gesellschaftlichen Zentren der Kirche finden und sind deswegen der Gefahr wachsender Entfremdung ausgesetzt. Eine engere Bindung an eine Pfarrei oder Seelsorgsstelle gestattet ihnen vielfach nicht ihre starke soziale und räumliche Mobilität. Der Lebensraum der Pfarrei reicht weder vertikal noch horizontal zur Beheimatung dieser Gruppen in der Kirche aus. Noch fehlen aber weithin andere Institutionen, die entsprechende Kontakte ermöglichen könnten. Dazu kommt als psychische Verhärtung der Mangel an Ruhe und Zeit, sich mit anderen Fragen als mit den Sorgen der Berufsarbeit zu befassen. Gesellschaftliche Verpflichtungen und Routineveranstaltungen belegen weithin ihre Freizeit mit Beschlag. Außerdem handelt es sich bei den in Frage stehenden Gruppen fast durchweg um Personen, die über ein großes wirtschaftliches Potential verfügen, Menschen also, die schon allein auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stellung, ihrer Lebenshaltung, ihres Luxus in Gefahr sind, nicht nur sich der Kirche zu entfremden, sondern sich der religiösen Welt mit ihren übernatürlichen Forderungen an die menschliche Existenz überhaupt zu verschließen. (P. Arrighi konzentriert seine seelsorgliche Tätigkeit beson-

ders auf die hypermondänen Kur- und Badeorte, wie Cortina d'Ampezzo, S. Remo, Montecatini-Terme.) Ihre Lebensauffassung steht aus diesen Gründen oft in diametralen Gegensatz zur Kirche. Die kirchlichen Vorschriften werden einer freieren und bequemerem Lebenshaltung zuliebe nicht akzeptiert. P. Arrighi zählt auf Grund seiner Erfahrung einen guten Teil von ihnen zu den professionellen Egoisten, „denen unsere Religion zu ungemütlich ist wegen all dem, was sie befiehlt und vorschreibt“. Die christliche Einstellung zu den materiellen Gütern, die Unterwerfung der irdischen Wirklichkeit unter die Realität des Mysteriums und das Gebot der Liebe als oberste Norm des Handelns passen nicht zu ihrem Lebensstil. Nicht alle von ihnen gehören zur Schicht der Intellektuellen, die meisten von ihnen rechnen sich aber dazu und verfügen immerhin über eine gewisse Halbbildung.

P. Arrighi unterscheidet vor allem zwei charakteristische Typen: den einen, gleichgültig, ob es sich dabei um Jugend oder um Menschen reiferen Alters handelt, der in großem Stil zu leben gewohnt ist und keinen anderen Lebensinhalt kennt als das tägliche Vergnügen. Sein geistiges Leben ist vielfach verkümmert und verflacht. Seine Bildung ist meist zu oberflächlich.

Der zweite Typ ist der eigentliche Typ des Intellektuellen, der Chef in der modernen Wirtschaft und Technik, der voll und ganz in seiner Arbeit aufgeht und dem aus diesem Grunde die Stunden der Besinnung fehlen. Offensichtlich trägt ja nicht nur ein Leben in Luxus zur Entfernung von der Kirche bei, sondern auch das völlige Aufgehen in der eigenen Tätigkeit. Dieser zweite Typ ist durch seine Bildung und seine geistige Veranlagung aber für religiöse Werte an sich empfänglicher als der erste, weil hier die religiöse Existenzbasis vielfach noch vorhanden ist. Übermüdung und Überlastung wecken zudem eine gewisse Sehnsucht nach Ruhe und Verinnerlichung. Bei beiden Typen handelt es sich um Gruppen, die in besonderer Weise, sei es durch ihre persönliche Tätigkeit, sei es durch ihre „Sachmittel“, das Gesellschaftsganze beeinflussen. Ihr religiöses Verhalten ist deshalb nicht nur für sie selbst, sondern auch für jene sozialen Milieus entscheidend, auf die sie Einfluß nehmen. Je weiter ihr Einfluß reicht, um so entscheidender ist ihr religiöses und sittliches Verhalten. Eine Wiederverchristlichung der Welt ist deshalb nur möglich, wenn diese Multiplikatoren des gesellschaftlichen Einflusses und der öffentlichen Meinung sich der Botschaft Christi öffnen. Daher beabsichtigten die Initiatoren dieser Fremdeseelsorge von Anfang an nicht nur die Einzelbekehrung, sondern sie wollten zur religiösen Durchdringung eines wichtigen, der Kirche entfremdeten sozialen Milieus beitragen.

Die Kontaktnahme

Von Anfang an hatte man sich auf die Kontaktnahme außerhalb der kirchlichen Räume eingestellt. Man war sich der Tatsache bewußt, daß diese Menschen noch mehr als andere soziale Gruppen im eigenen Milieu angesprochen werden wollen. Pfarrhäuser und Gruppenlokale schienen schon aus Prestigerücksichten nicht für eine solche Begegnung geeignet. Zunächst kam kein direkter Kontakt mit den Hotelgästen zustande, er wurde über private Vermittler hergestellt. Später, als das Interesse der Gäste an religiösen und theologischen Fragen offenkundig war, wandten sich die Hoteliers an die Priester und boten Konferenzsäle an. Verschiedentlich bemühten sich die

Hoteliere selbst um geistliche Redner, organisierten Vorträge und nahmen diese in das Programm ihrer Häuser auf. Auf diese Weise gestaltete sich die Kontaktnahme weniger schwierig, als man ursprünglich angenommen hatte. Ein gutes Beispiel dafür bietet die Tätigkeit von P. Arrighi in Cortina, wo sein Experiment auch am besten erprobt wurde und die meisten Früchte getragen hat. Bereits der erste Vortrag im Hotel Cristallo war gut besucht. Der Grund für den zahlreichen Besuch war zunächst freilich nicht das Interesse an den religiösen Fragen, sondern Neugier und Verwunderung über eine solche Veranstaltung an einem solchen Ort. Dieser Einstellung des Publikums mußte Rechnung getragen werden. Man versuchte deshalb die Themen besonders aktuell zu gestalten, jedoch so, daß das eigentliche Anliegen darin sichtbar wurde. Die ersten Reaktionen waren äußerst günstig. Die lokale Presse sorgte für die nötige Publizität. Die Zahl der Zuhörer stieg rasch an. Während der Sommersaison 1956 wurden die Vorträge mit den verschiedensten religiösen Themen fortgesetzt. In den folgenden Jahren entwickelten sie sich zu einer Dauereinrichtung. Man versuchte angesehene Redner zu gewinnen, um dadurch das Interesse der Gäste zu erhöhen. Im Jahre 1960 sprachen in den Hotels von Cortina d'Ampezzo Bischof J. Gargitter von Brixen (Ortsordinarius), Kardinal Lercaro von Bologna, Bischof J. Castellano, heute Erzbischof von Pisa, damals Generalassistent der Katholischen Aktion Italiens, und P. M. Giraud, Kommissär des Heiligen Offiziums. In diesem Sommer sprachen u. a. P. Arrighi, Kardinal Ottaviani und wiederum P. Giraud. Letzterer sprach z. B. über Fragen der Einheit der christlichen Kirchen, ein Thema, das besonders Anklang gefunden hat.

Ähnliche Vorträge wurden in den letzten Jahren auch in anderen Kurorten Südtirols gehalten, so z. B. in Brixen und Meran. Wo es sich um mehrheitlich deutsches Publikum handelt, wurden auch erfahrene deutsche Seelsorger und geistliche Sprecher gewonnen. So steht z. B. während der Herbstsaison dieses Jahres in Meran der bekannte Beuroner Benediktiner Paulus Gordan zur Verfügung. In Cortina selbst wurde ein eigenes religiöses Konsultationszentrum geschaffen, das der Leitung des Diözesanbischofs untersteht. Weitere kleinere Zentren entstanden in Bruneck und Gossensaß am Brenner.

Seit vorigem Jahr wurde diese Aktion auch auf andere Provinzen und Diözesen Italiens ausgedehnt. Dabei behielt man die ursprüngliche Intention bei und beschränkte sich zunächst auf die bekanntesten und mondänsten Bäder und Kurorte. Besonderen Erfolg hatte P. Arrighi in S. Remo und Montecatini-Terne. Die mittlere Besucherzahl in S. Remo betrug 500, im Monat April 350 (Minimum 250, Maximum 900). Nach dem Urteil von P. Arrighi waren die Ergebnisse in Montecatini-Terne noch günstiger. Das ist offensichtlich auf den besonderen Gästetyp von Montecatini zurückzuführen. Die Kur- und Badegäste unterscheiden sich ja von den Touristen und Urlaubern dadurch, daß bei ihnen die Zeit keine so große Rolle spielt, sie haben mehr Ruhe und bringen daher häufig auch größeren Ernst für die Sache auf. Zudem herrscht hier von den obengenannten Typen der zweite durchaus vor. Ihre gesundheitliche Lage und ein gesetztes Alter machen sie meist a priori für religiöse Fragen aufgeschlossener.

Diese kurze Bilanz läßt erkennen, daß dieser neuen Art seelsorglicher Betreuung der Erfolg nicht versagt geblieben ist und daß deswegen das Experiment besondere Aufmerksamkeit verdient.

Die Frage, ob man das Experiment auch auf die Strandbäder auszudehnen gedenke, beantwortet P. Arrighi negativ. Der Nudismus unserer Strandbäder eigne sich nicht für die Anwesenheit von Priestern. Angesichts der großen Reklame und Propagandasucht würden sie sich nicht zu verantwortenden Risiken aussetzen und der Kirche mehr schaden als nutzen.

Religiöse Vertiefung

Die Aktion beschränkt sich nicht nur auf mehr oder weniger spektakuläre Vorträge, sondern man will die religiöse Vertiefung durch persönliche Kontakte mit dem Priester. Der in der Gesellschaft Angesprochene sollte im persönlichen Gespräch mit dem Priester die Möglichkeit haben, aus der Anonymität hervorzutreten. Auf diesem Wege sucht man eine Synthese von persönlicher Seelsorge und religiöser Gruppenbeeinflussung. Auch die Vorträge selbst sind ganz darauf abgestellt. Zunächst wird ein Thema rein sachlich dargestellt. Dann wird versucht, den existenziellen Kern des Themas herauszuarbeiten, und so mit Hilfe der religiösen Fragestellung zu einer inneren Stellungnahme herausgefordert. Entsprechend dieser auf die Psyche und den Sachverstand gleichermaßen abgestellten Logik wird die Wahl der Themen vorgenommen. So wurde z. B. über folgende Themen gesprochen: „Das Geheimnis der menschlichen Unruhe“, „Christus als Gott“, „Das Wesen der Sünde“, „Die Kirche und die anderen Welten“, „Die Kirche und ihre Katholizität“, oder: „Gott schuf sie als Mann und Frau“, „Die Hölle, das Dogma von der Ewigkeit der Strafe“, „Gott braucht Menschen“ usw.

Wie die Titel zeigen, handelt es sich immer darum, eine inhaltlich theologische Frage dem Hörer auf existenzielle Weise nahezubringen, und zwar so, daß er zum weiteren Nachdenken und Fragen angeregt wird. Der Vortrag soll in der Diskussion oder im Gespräch unter vier Augen eine natürliche Fortsetzung finden. Solche Diskussionen und persönliche Gespräche kamen sehr zahlreich zustande. Nach Angabe von P. Arrighi handelt es sich meist um Gesprächspartner, die seit Jahren und Jahrzehnten nicht mehr praktizierten. Viele fanden auf diese Weise den Weg zurück. Darin ist wohl ein deutliches Zeichen zu sehen, daß auch der der Kirche entfremdete Mensch von heute durchaus auf religiöse Fragen anzusprechen ist, wenn dies in der rechten Weise geschieht. Eine Kontaktnahme während des Urlaubs scheint sich schon deshalb als besonders günstig zu erweisen, weil hier — wenigstens in vielen Fällen — die Schwierigkeiten der geistigen Konzentration bei Jugend und Erwachsenen geringer sind. Die Zeit der Ruhe und Entspannung läßt leichter jene Tiefenschichten des menschlichen Bewußtseins lebendig werden, die durch Arbeit, Routine und verflachte Denkgewohnheiten verschüttet sind.

Entscheidend für eine solche Begegnung ist das Verhalten des Priesters. Der Priester muß die Menschen als Menschen ansprechen, die in ihrer eigenen Welt verstanden werden wollen. Er muß aber dabei doch der „Andere“ bleiben, den der des religiösen Sinnes nicht vollends beraubte Mensch in ihm sieht und sucht. Plumpe Anpassung kann nach P. Arrighi einen nicht gutzumachenden Schaden für das Apostolat bedeuten. Denn „was der der Kirche Entfremdete im Priester sucht, ist nicht der Freund, mit dem er spricht und einen Spaziergang macht, sondern einfach der Diener Gottes“. Er muß die Präsenz Gottes einer Gott entfremdeten Welt zeigen.

Ein Schulkonflikt in Spanien

Wir hatten schon im vergangenen Jahr gemeldet (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 255), daß sich ein Konflikt zwischen dem Staat und den Ordensschulen anbahnte. Bereits im Jahr 1953 hat der spanische Staat ein Schulgesetz verabschiedet, das die Bestimmung enthält, daß an den höheren Schulen nur staatlich geprüfte Lehrkräfte unterrichten dürfen. Im Herbst 1960 erließ die Regierung die Ausführungsbestimmungen hierzu, die den Staatsorganen die strikte Einhaltung dieser Gesetzesbestimmung zur Pflicht machten. Auf einer Tagung des Verbands spanischer Ordensschulen (FERE) im Januar 1961 wurde beschlossen, das Gesetz nicht anzuerkennen und zu ignorieren; in einem vertraulichen Rundschreiben an die Ordensoberen und Schulleiter wurde im Falle von auftretenden Schwierigkeiten die volle Unterstützung des Verbandes zugesichert.

In einem am 26. Januar 1961 verteilten Flugblatt gab aber das Studentensyndikat den Vorfall öffentlich bekannt und griff ihn als „Aufruf zum Widerstand gegen ein vom Staatschef erlassenes Gesetz“ scharf an. Hinter dem Flugblatt standen jedoch nicht nur Falangekreise und das Unterrichtsministerium, sondern auch die akademische Lehrerschaft, die sich durch die Einstellung nicht staatlich geprüfter Lehrer benachteiligt fühlt. Es griff auch die Katholische Aktion der Akademiker (ACU) ein und bestritt den Ordensschulen in ziemlich schroffer Form das Recht, die staatlichen Maßnahmen als anti-kirchliche Haltung und als Eingriff in die kirchliche Lehrfreiheit zu interpretieren. „In den profanen Fragen des Unterrichts kann es verschiedene Meinungen geben, aber es steht niemandem zu, Privatmeinungen als die Lehre der Kirche auszugeben.“ In dieser Stellungnahme sah man zugleich die Auffassung der kirchlichen Hierarchie, die durch die zuständige Bischofskommission dem Schulgesetz zugestimmt hatte.

Der Verband der Ordensschulen hielt jedoch seine Position unverändert aufrecht und ersuchte den Heiligen Stuhl, im Sinne seiner Interessen bei der spanischen Regierung zu intervenieren. Nach einem Rundschreiben des Verbandes vom 21. Juli ist der Vatikan bei der spanischen Regierung vorstellig geworden und hat um einen fünfjährigen Aufschub der Gesetzesbestimmungen gebeten. Am 5. August mußte allerdings der Verband dann mitteilen, daß die Regierung unter Stillschweigen über die Wünsche des Heiligen Stuhls eine Gruppe von Ordenslehrern zum Examen einberufen habe. Der Apostolische Nuntius habe der Regierung dieses Ansuchen zwar erneut in Erinnerung gebracht, wünsche aber ausdrücklich, daß bei der augenblicklichen Sachlage die betroffenen Ordenslehrer ihre Unterlagen der Examenskommission zuleiten.

Breite kirchliche Kreise wünschen eine Revision des Lehrbetriebs an den spanischen Ordensschulen und hoffen den Heiligen Stuhl überzeugen zu können, daß die umstrittenen staatlichen Bestimmungen ganz im Interesse der Kirche liegen.

Die hier geschilderten Vorfälle sind mehr als innerkirchliche Auseinandersetzungen denn als Kompetenzstreit zwischen Kirche und Staat zu werten. Etwas anderes ist es um die schon Jahre andauernden Bestrebungen der spanischen Kirche um das Recht zur Verleihung der akademischen Grade in den drei Päpstlichen Universitäten Salamanca, Madrid-Comillas und Pamplona. Auf der genannten Ordensschultagung erklärte einer der Referen-

ten, Celestino Rodríguez Mendiguren MIC: „Die Lehrbefugnis schließt in sich auch das Recht ein, akademische Grade zu verleihen.“ Für die erst kürzlich zur Universität päpstlichen Rechts ausgebaute Opus-Dei-Hochschule in Pamplona (auf der im Gegensatz zu den beiden anderen kirchlichen Hochschulen überwiegend Laien studieren) hat aber der spanische Ministerrat durch einen kürzlichen Beschluß dieses Recht ausdrücklich wieder verweigert. Die Kandidaten von Pamplona müssen für ihre Examina weiterhin an die staatliche Universität von Zaragoza.

Die Bemühungen der spanischen Kirche um die Schulen

Die Kirche unterhält in Spanien 977 höhere Schulen (gegenüber nur 119 staatlichen) mit 83% aller höheren Schüler (über die Bemühungen auf dem Sektor der Volk- und Berufsschulen vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 397). In der Diözese Málaga hat Bischof Herrera Oría 260 Landschulen errichtet, die in dreijährigen Kursen bereits 22 000 Kinder und 36 000 Erwachsene mit elementaren Kenntnissen ausgestattet haben.

Das Motto „Erst die Schule — dann die Kirche“ hat Bischof Cantero Cuadrado für seine andalusische Diözese Huelva ausgegeben. „Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott, der Kirche und der Gesellschaft bitte und beschwöre ich euch, im Namen Gottes das christliche Gebot zu erfüllen, das da lautet: Die Unwissenden lehren... Gebt dieser Aufgabe den Vorrang vor der Sorge um den äußeren Glanz des Gottesdienstes, den Prozessionen, den Wohltätigkeitsveranstaltungen, den Paramenten und Kultgegenständen.“ 1958 hatte der Bischof der Agrardiözese Orense an der Nordgrenze Portugals einen ähnlichen Hirtenbrief erlassen: „Ich muß euch in aller Deutlichkeit sagen, welch ernste Verpflichtung auf euch liegt, euch für die Heranbildung eurer Kinder einzusetzen. Entzieht euch nicht leichtsinnig dieser Verpflichtung! Jesus Christus, der euch richten wird, ist der große Verteidiger der Rechte der Kinder.“

Ein beträchtlicher Prozentsatz der Kinder vor allem auf dem Land besucht die Schule nicht oder nur sehr unregelmäßig; die bestehende allgemeine Schulpflicht wurde in der Praxis in Spanien noch nicht durchgesetzt. Dazu tragen die verbreitete Kinderarbeit, das mangelnde Interesse der Eltern und das Fehlen ausreichender Schulen bei. Ein besonderes Problem bildet die schlechte Bezahlung der Lehrer, die zu allerhand Nebentätigkeiten zwingt und zu einer deutlichen Abwanderung aus dem Lehrberuf führte.

Die Landwirtschaftskrise in Frankreich

Die an stürmischen Ereignissen ohne hin nicht sehr arme französische Innenpolitik ist dieses Jahr um ein weiteres neuartiges Phänomen bereichert worden: die Bauernaufstände, die im Verlauf des Sommers mehr oder weniger alle französischen Provinzen in Mitleidenschaft gezogen haben. Diese Kampfstellung auf dem Lande, die auch nicht vor Gewaltanwendung zurückschreckte, mag sonderbar anmuten. Belagerungen von Amtsgebäuden und ganzen Städten, tätliche Angriffe auf Regierungsvertreter und Funktionäre war man bisher nur bei Streiks von Industriearbeitern gewöhnt. Bei der bäuerlichen Bevölkerung als der am stärksten traditionsverbundenen, konservativen Schicht innerhalb der modernen Wirtschaftsgesellschaft waren solche „Aufstände“ bisher kaum denkbar. Wer allerdings die Situation seit längerer Zeit verfolgte, konnte fast mit Sicherheit voraussagen, daß die Bombe irgendwann

platzen würde, falls nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen würde. Diese Prognose gilt übrigens nicht für Frankreich allein (vgl. F. Houllier, *L'agriculture déconcerté*, in: „Études“, Juli/August 1961, S. 16—28). In jedem europäischen Lande gibt es Krisenherde, die bei einem entsprechenden Anlaß, wie diesen Sommer in Frankreich, zur Explosion kommen können. In ganz Europa und darüber hinaus ist die Landwirtschaft nicht mehr imstande, durch adäquate wirtschaftliche Maßnahmen jene wirtschaftliche Eigenständigkeit zu behalten oder wiederzuerreichen, die für ihren gesunden Fortbestand notwendig wäre. Die einzelnen Staaten haben zwar durch weitreichende Interventionen immer wieder die Landwirtschaft unterstützt, ohne daß dabei ernstlich versucht worden wäre, strukturelle Reformen durchzuführen, die den Notstand nicht nur vorübergehend eindämmen, sondern die landwirtschaftliche Produktivität langfristig sichern. Die moderne industrielle Entwicklung scheint gegen die Landwirtschaft unterschieden zu haben, sie bleibt in allen Ländern „ein benachteiligter Bereich“ (*Mater et magistra* 123). In manchen konnte sie sich überhaupt nur durch günstige Konjunkturen politischer Spekulationen, durch die Gunst bestimmter Interessengruppen und durch die politische Umwerbung seitens der Parteien am Leben halten. Aber solche „Hilfen“ reichen nicht aus. Die Möglichkeit, daß das französische Beispiel auch in anderen Ländern nachgeahmt wird, ist nicht zu bestreiten. Denn viele von ihnen verfügen nicht über die relativ gesunden Grundstrukturen der französischen Landwirtschaft. Tatsächlich setzten sich Ende August italienische Bauern der süditalienischen Provinz Bari in Marsch gegen ihre Provinzhauptstadt, um gegen die niedrigen landwirtschaftlichen Preise und die schleppende Landwirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren. In Italien scheint man sich jedoch inzwischen wieder einigermaßen beruhigt zu haben.

Der „Traktorenkrieg“

Der Aufruhr in Frankreich begann Anfang Juni in der Bretagne, in jener Region also, die die größte landwirtschaftliche Nutzfläche, das geringste industrielle Potential, die kleinste Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe und die schlechtesten Absatzbedingungen aufweist. In der Bretagne ist deshalb die Landwirtschaftskrise nicht nur Angelegenheit eines bestimmten Produktionszweiges oder einer bestimmten sozialen Gruppe. Die Region leidet seit Jahrzehnten an dem politischen und wirtschaftlichen Zentralismus Frankreichs. So vermischt sich mit der Unzufriedenheit der bretonischen Bauern über die wirtschaftliche Lage die Antipathie gegen die Zentralregierung und ihre Vertreter in den Provinzen. Die Bauern, die sich zum wirtschaftlichen Bankrott verurteilt sehen, erwarten einen Ausweg durch eine größere Selbstständigkeit gegenüber Paris, die sich nicht nur auf administrative, sondern auch auf legislative Befugnisse erstrecken sollte. Ob damit das Übel behoben werden kann und ob die Regierung dazu bereit ist, steht freilich auf einem anderen Blatt. Man kann bis jetzt nicht behaupten, daß das Projekt, hinter dem eine Reihe einflußreicher Persönlichkeiten der Region stehen — dazu gehört auch der ehemalige französische Ministerpräsident René Pleven —, bei der Regierung auf Gegenliebe gestoßen wäre. Es widerspricht jeder politischen Tradition Frankreichs und dürfte unter den gegenwärtigen politischen Voraussetzungen wenig Aussicht auf Erfolg haben. Den unmittelbaren Anlaß zum Aufruhr in der Bretagne

boten die ungünstigen Verkaufsbedingungen (für Frühkartoffeln).

Zum erstenmal deutlich wurde die Unruhe unter den Bauern bei den Gemeindewahlen am 4. Juni im Département Finistère. Einige Gruppen von Bauern erstürmten hier mehrere Wahllokale und zerstörten die Urnen. Bereits in dieser ersten Aktion wurde der politische Charakter deutlich. Blieben das noch Einzelaktionen, so griff in den nächsten Wochen der Aufruhr schnell um sich. Am 8. Juni stürmten die Bauern die Stadt Morlaix. Am 12. Juni marschierten mehrere Gruppen vor das Gerichtsgebäude von Quimper, wo der Prozeß gegen die Zerstörer der Wahlurnen stattfand, und forderten unter Androhung von Gewalt deren Freilassung. Das Gericht, offenbar von den Drohungen der Bauern beeindruckt, fällte äußerst milde Urteile. Die Regierung beeilte sich, einige Zusagen zu machen hinsichtlich der Erhöhung der landwirtschaftlichen Mindestpreise, der Verbesserung der Transportwege usw. Die Bauern wurden mutiger und drohten mit dem Marsch auf Paris, begnügten sich aber schließlich mit der Errichtung von Barrikaden mit Hilfe der auf Kredit erworbenen Traktoren, mit der Unterbrechung von Bahnlinien und Straßen. Die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) schaltete sich ein; sie versuchte die Unruhen für ihre ganz anderen Ziele zu nutzen. Ein direkter Zusammenhang zwischen Bauernunruhen und der Untergrundbewegung der OAS konnte bis jetzt nicht festgestellt werden, wenngleich gewisse Sympathien zwischen den konservativen Bauern und den Rechtsextremisten nicht zu leugnen sind.

Die Regierung versprach unter dem Druck der Ereignisse weitere Maßnahmen zugunsten der Bauern und setzte kurzfristig einige Durchführungsbestimmungen zum „Gesetz über die Orientierung der französischen Landwirtschaftspolitik“ vom August 1960 (Grüner Plan Frankreichs) in Kraft, dessen grundsätzliches Ziel in der „Erreichung der Parität zwischen Landwirtschaft und den anderen Produktionszweigen“ besteht. Die erlassenen Durchführungsbestimmungen bezogen sich vor allem auf 1. eine merkliche Erhöhung der Mindestpreise für bestimmte landwirtschaftliche Produkte, wie Milch und Getreide; 2. die Reorganisation der landwirtschaftlichen Märkte durch eine entsprechende Reform des staatlich geförderten, aber bisher schwach finanzierten und deshalb ziemlich passiven „Fond d'orientation et de régularisation des marchés agricoles“ (FORMA; dieser Fond wurde in eine vom Ministerium unabhängige, autonome Institution umgewandelt, sein Budget beträchtlich erhöht); 3. die Ausweitung und straffere Organisation des Genossenschaftswesens. Dadurch sollte den Bauern mehr direkter Einfluß auf die Absatzwege und die Vermarktung ihrer Produkte eingeräumt werden. Für die Beseitigung besonderer Notzustände sollten interministerielle Kommissionen ins Leben gerufen werden. Die Maßnahmen werden aber, wenngleich wohl einzelne Hilfsmaßnahmen anerkannt werden, von den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen und besonders von den bretonischen Vertretern scharf kritisiert.

Trotz dieser Zugeständnisse griffen die Unruhen weiter um sich und dehnten sich nach und nach auf ganz Frankreich aus. Auf seiner Informationsreise durch Lothringen wurde Staatspräsident de Gaulle, der vorläufig schwieg, von den Bauern an der Durchreise gehindert. Am 29. Juni erfolgte der Attentatsversuch auf den Landwirtschaftsminister Rocheraux. Am 28. Juni wurde eine kurze Stel-

lungnahme der Bischöfe der Bretagne veröffentlicht. Darin wurden Bauern und Regierung zu Verhandlungen aufgefordert. Die Bischöfe warnten eindringlich vor Gewaltanwendung. Sie bekundeten aber unmißverständlich ihre Sympathie für die Lage der Bauern und forderten eine gerechtere Behandlung ihrer Wünsche. Am 30. Juni fand endlich unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Debré die erste Zusammenkunft mit den verschiedenen Vertretern der Landwirtschaft statt. An ihr nahmen alle interessierten landwirtschaftlichen Verbände teil. Bei dieser Besprechung, wie auch bei den folgenden, konnte jedoch keine zufriedenstellende Übereinkunft erzielt werden, da die Regierung über die bisher angekündigten Maßnahmen nicht wesentlich hinausgehen wollte. Eine vorläufige Einigung wurde eigentlich nur auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Sozialversicherung erzielt, da sich die Regierung hinsichtlich der Erhöhung der Unfall- und Altersrenten entgegenkommend zeigte.

In den folgenden Wochen folgten nahezu täglich Verhandlungen zwischen den einzelnen Organisationen, Sitzungen der interministeriellen Kommissionen, Verhandlungen zwischen Bauernorganisationen und dem Landwirtschaftsministerium. Dabei traten merkbare Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden auf. Der Bauernverband (FNSEA) wurde von seiten der Jungbauern angegriffen, weil er angeblich zu große Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung zeige. Die Tatsache, daß nach und nach die Unruhen gebremst und schließlich ganz gebannt werden konnten, ist in erster Linie weder der Verhandlungstaktik der Regierung noch der Nachgiebigkeit der Vertreter der Bauernverbände zu verdanken, sondern der sakrosankten Einrichtung der französischen Sommerferien.

Inzwischen ist es den Bauern mit Hilfe der „Amicale parlementaire“ gelungen, die vorzeitige Einberufung des französischen Parlamentes zu erzwingen, gegen den Willen de Gaulles und der Regierung Debré. Ob die Parlamentsdebatte einer weiteren Einigung förderlich ist oder ob sie die Bauern in ihrem Willen, wieder Gewalt anzuwenden, bestärken wird, hängt davon ab, ob die Regierung bereit ist, die noch offenen Wünsche der Landwirte zu berücksichtigen, und ob die Bauern auf einige ihrer massiven Forderungen verzichten werden.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Krise

Einige Voraussetzungen der Krise, die mehr allgemeiner Natur sind und auch für andere Länder gelten, wurden bereits genannt. Dazu kommen freilich auch Schwierigkeiten, die ganz spezifisch für die französische Landwirtschaft sind (vgl. F. Houllier, ebd.).

Die Landwirtschaft ernährt heute in Frankreich etwa 20% der Bevölkerung. Im Jahre 1938 betrug der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung noch 30%. Mit dem Rückgang des Anteils an der Gesamtbevölkerung sank aber zugleich der Anteil der Landbevölkerung am Nationalprodukt. Gegenwärtig beträgt dieser nicht mehr als 12%. In der Differenz zwischen Anteil an der Gesamtbevölkerung und Anteil am Nationalprodukt drückt sich das Mißverhältnis zwischen der Lebenshaltung der Landbevölkerung und der anderen sozialen Schichten aus. Hinzu kommt, daß das Produktionsvolumen nahezu im gleichen Maße gestiegen ist, wie der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und der Anteil am Nationalprodukt gesunken ist. Frankreich ist der größte landwirtschaftliche Erzeuger

Westeuropas; von der landwirtschaftlichen Nutzfläche der EWG fällt fast die Hälfte (34,5 von 74 Millionen ha) auf Frankreich. Diese Nutzfläche ist infolge besonders günstiger klimatischer Verhältnisse nahezu für alle landwirtschaftlichen Kulturen geeignet. Frankreich verfügt zudem über die höchste Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe im europäischen Raum. Sie beträgt ca. 15 ha gegenüber 10 ha in den Niederlanden, 9 ha in der Bundesrepublik, 7 ha in Belgien und 5 ha in Italien; freilich mit bedeutenden Unterschieden von Gegend zu Gegend. So weist z. B. die Bretagne einen bedeutend niedrigeren Durchschnittsindex auf. Dort spielt die Frage der Bodenreform eine ebenso wichtige Rolle wie etwa in manchen Gegenden Süditaliens. Die französischen Regierungen der letzten Jahre und auch die Vertreter der Berufsverbände forderten die Bauern auf, höhere Investitionen vorzunehmen, die Mechanisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, um auf diese Weise der Landflucht wirksam zu begegnen und das Produktionsvolumen zu steigern. Man tat das offenbar nicht zuletzt im Hinblick auf die Hoffnung erweiterter Absatzräume im Rahmen der EWG. In der Tat ist es gerade die französische Landwirtschaft, die zur Integration innerhalb der EWG drängt, während die deutsche Landwirtschaft versucht ist, diese Integration soweit als möglich zu bremsen, weil sie die französische Konkurrenz auf dem innerdeutschen Markt fürchtet.

Die Bauern machten zu einem guten Teil von den vorhandenen Investitionsmöglichkeiten reichlich Gebrauch. Der Erfolg, die Einkommenssteigerung, blieb aber aus. Die Investitionen, der Ankauf von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, erwiesen sich als verfehlt und zweischneidig, die Hoffnungen auf die EWG als verfrüht. Das Produktionsvolumen stieg infolge besserer Bodennutzung und erhöhter Mechanisierung, das Einkommen hingegen sank fast proportional dazu, da die Preise sanken. Die Überproduktion wurde so zum spezifischen Krankheitssymptom der französischen Landwirtschaft. Auf Grund dieser Überproduktion sind die Preise noch weiter gesunken. Gegenwärtig sind die französischen Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere für Getreide, Milch und Fleisch, die niedrigsten in den Ländern der EWG. Es zeigte sich wieder einmal mehr, daß wirtschaftlicher Wohlstand nicht einfach eine Angelegenheit der Produktionssteigerung ist.

Daß es bei diesen niedrigen Preisen bleibt, daran sind — außer den Bauern — alle Franzosen interessiert. Allen voran der Staat, weil er bei Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte eine Inflationsgefahr wittert und seine Wirtschaft noch nicht für stabil genug hält, um einschneidende budgetäre Maßnahmen zu treffen. Nicht weniger an den niedrigen Preisen interessiert ist die Industrie, die weiß, daß jede Erhöhung der Erzeugerpreise auf den Konsumentenpreis abgewälzt würde, wodurch die Lebenshaltungskosten der Arbeiter und Angestellten beeinflußt und die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung gesetzt würde. Ist es bei der Industrie die Furcht vor der Lohnerhöhung, so ist es beim Konsumenten der Wunsch, möglichst wenig seines monatlichen Verdienstes für Ernährung auszugeben.

Den größten Feind erblickt der französische Bauer aber — nicht zu Unrecht — in dem mächtigen und für die Bauern undurchsichtigen Zwischenhandel, der den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ungebührlich verlängert und seine Chancen zum Nachteil der Bauern zu nutzen

versteht. Tatsächlich übersteigt die Differenz zwischen Erzeuger- und Produzentenpreis auf dem französischen Markt wesentlich die Durchschnittsdifferenz in den anderen Ländern. Trotz der mächtigen und einflußreichen landwirtschaftlichen Interessenverbände, trotz der verschiedenen politischen Stützen in Parlament und Parteien und paritätischer Vertretungen in den interprofessionellen Gremien ist es den Bauern nicht gelungen, sich gegen die „intermédiaires“ durchzusetzen. Die Regierung scheint inzwischen entschlossen zu sein, der Situation Rechnung zu tragen und die Bauern durch Begünstigung eigener Verkaufsorganisationen bei der Vermarktung ihrer Produkte behilflich zu sein, um den Einfluß der Zwischenhändler zu schwächen. Inwieweit dem ein Erfolg beschieden sein wird, hängt von der Energie der Regierung und der Bereitschaft der Bauern ab, genossenschaftlich zu arbeiten. Ohne Zweifel wird man der Fünften Republik hier mehr Chancen zubilligen. Aber es bleiben immer noch eine Reihe struktureller Markthindernisse, die sich nur durch eine langfristige Neuordnung beheben lassen.

Heilung durch Selbsthilfe

Eine Heilung der französischen Landwirtschaft ist jedoch auf die Dauer nur durch die betroffenen Bauern selbst möglich. Die Entwicklung der französischen Landwirtschaft vom Selbstversorgungsbetrieb zum marktorientierten Unternehmen wurde zwar relativ rasch betrieben. Doch der auf Grund seiner Veranlagung konservative Bauer hat es schwer, der Entwicklung rechtzeitig, d. h., wie es die wirtschaftliche Lage erfordert, zu folgen. Hier gilt es vor allem eine Krankheit zu beseitigen: die vielfach schlechte Qualität der französischen Agrarprodukte. Es geht nicht bloß um die Steigerung der Produktion, sondern um die Verbesserung der Qualität. Das gilt besonders dann, wenn sich die französischen Agrarprodukte auf den internationalen Märkten durchsetzen sollen. Die Bauern scheinen sich aber dieser Notwendigkeit noch wenig bewußt zu sein. Auch hier zeigt sich, daß für die meisten Bauern die Umstellung vom Selbstversorgungsbetrieb auf marktgerechte Produktion noch nicht gelungen ist.

Viel wird auch davon abhängen, inwieweit Regierung und Landbevölkerung bereit sind, die notwendigen Strukturreformen durchzuführen. In manchen Gegenden ist eine Flurbereinigung unaufschiebbar, um die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit lebensfähig zu erhalten. Die Kleinbauern halten aber zäh an ihren Kleinbetrieben fest und wollen die Notwendigkeit der Reform nicht einsehen. In der ersten offiziellen Erklärung, die der im Zuge der letzten Regierungsumbildung neuernannte Landwirtschaftsminister zu dieser Frage abgab, wirft er den Bauern mangelnden Willen zu strukturellen Reformen vor. Im Grunde ist das Ganze ein Generationsproblem und damit zunächst eine Angelegenheit der Landbevölkerung selbst. Der Generationsgegensatz zwischen alt und jung tritt kraß zutage (vgl. M. Tourtrat, *Les jeunes agriculteurs s'affirment*, in: „Revue de l'action populaire“, Juli/August 1961, S. 833—840). Die junge Generation, die, soweit es in ihren Kräften lag, über eine gute technische und berufliche Ausbildung verfügt, ist bereit, den Anschluß an die heutige Wirtschaftsgesellschaft zu suchen. Sie ist in ihren Forderungen härter und unnachgiebiger, aber auch vernünftiger. Sie will keinen ewigen Interventionismus des Staates, sondern eine Landwirtschaft, die sich der gegenwärtigen Entwicklung angleicht, und wünscht eine Erneuerung von Grund auf, während die alte Generation an

den überkommenen Produktionsverhältnissen festhält und Strukturreformen ablehnt. Wie die jüngste Erklärung des neuen Landwirtschaftsministers zeigt, ist man von Regierungsseite bereit, die Initiative der jungen Generation zu begünstigen, von einer reinen Preisstützungspolitik abzukommen, die Produktionsstruktur auf eine neue Basis zu stellen und die landwirtschaftlichen Märkte neu zu organisieren (vgl. M. Debatisse, *Le malaise paysan*, in: „Signes du Temps“, August/September 1961, S. 7—9).

Stellungnahme der Kirche

Einem so wichtigen Ereignis gegenüber, das das Leben der ganzen Nation beeinflusst, konnte die Kirche nicht gleichgültig bleiben, schon deswegen nicht, weil die Kirche in der Katholischen Landjugend Frankreichs (JAC) über die aktivste und gefestigste Jugendorganisation innerhalb der katholischen Verbände verfügt und gerade diese Landjugend an den Ereignissen des Sommers aktiv beteiligt war. Trotzdem zeigten die Bischöfe zunächst große Zurückhaltung und verzichteten auf eine gemeinsame Erklärung, wie sie sie etwa zu anderen schweren Anlässen (Algerienkrieg, Aprilputsch usw.) abzugeben pflegen. Diese Vorsicht erklärte sich aber aus der politisch gespannten Atmosphäre, die den ungewollten Hintergrund der Bauernunruhen bildeten.

Dreimal haben bis jetzt Bischöfe zu dem Konflikt Stellung genommen. Zum erstenmal waren es die Bischöfe der Bretagne. Die bereits zitierte kurze Erklärung läßt deutlich die moralische Unterstützung der Bauern erkennen, auch wenn Gewalttaten mit Nachdruck verurteilt werden.

Die zweite bischöfliche Stellungnahme erfolgte durch Bischof André von Quimper. Als ehemaligem Diözesanassistenten der JAC kommt seinem Schreiben besondere Bedeutung zu. Darin findet sich eine genaue Belehrung darüber, wann nach der katholischen Moral eine Gewaltanwendung erlaubt ist und wann nicht. Er unterstützt die Forderungen der Bauern nach einer gerechteren Beteiligung am Nationalprodukt, mahnt aber zur Rücksicht auf das Gemeinwohl. Unverkennbar ist die Mahnung an die Regierung, energischer die Lösung des Problems in die Hand zu nehmen: „Angesichts einer für so viele Familien kritischen Situation und angesichts einer so weiten Verantwortung müssen sich die Inhaber der öffentlichen Gewalt fragen, ob sie wirklich das Mögliche getan haben. Das Zögern, echten Verpflichtungen nachzukommen, kann ein Fehler sein“ (La Documentation Catholique, 3. 9. 61, Sp. 1105).

Die dritte Stellungnahme erfolgte durch C. Tourel, Bischof von Montpellier. Bischof Tourel schließt inhaltlich an die vorausgehenden Erklärungen an, verurteilt aber in noch schärferer Form als die anderen Erklärungen die Gewalt als Versuch einer Lösung.

Aus Amerika

Die Hintergründe der brasilianischen Staatskrise

Obwohl die Folgen des überraschenden Rücktritts des brasilianischen Staatspräsidenten Jânio Quadros von seinem erst im Januar dieses Jahres übernommenen Amte noch gar nicht abzusehen sind, so kann man doch bereits an die Bestandsaufnahme der Ursachen gehen, die zu diesem aufsehenerregenden Schritt geführt haben mögen.

Dabei bleibt einstweilen die Möglichkeit offen, daß der Rücktritt Quadros' in Wahrheit kein Ausdruck seiner Resignation war, seine weitschauenden Pläne zu verwirklichen, sondern ein gezielter, wenn auch sehr gewagter und gefährlicher Schachzug, dessen Auswirkungen die Zukunft erst zeigen wird.

Quadros' Schwierigkeiten

Zunächst liegen die Ursachen des weittragenden Ereignisses zweifellos in der Persönlichkeit des Staatspräsidenten selbst: ein nervöses Temperament, selbstbezogen und reizbar, von gänzlich unkonventioneller Art, unabhängig im Denken wie im Handeln, unbestechlich, aber auch unberechenbar, ist er ein Politiker, der sich in Geschichte und Tradition seines Landes schlechthin nicht einordnen läßt. Bezeichnend ist, daß er keiner Partei angehört und auch zum Zweck seiner Wahl keine eigentlichen Parteibindungen eingegangen ist. Die überwältigende Mehrheit, mit der er gewählt wurde, verdankt er dem Prestige, das er sich als Gouverneur des Staates São Paulo erworben hatte, und der irrationalen Hoffnung des Volkes auf einen Befreier von Korruption und Machtmißbrauch. Sein Programm war denn auch ein Bündel messianischer Verheißungen, wobei die Versprechungen wirtschaftlicher Sanierung noch übertönt wurden von den Selbständigkeitsansprüchen im Umgang mit den Großmächten und Weltblöcken. Nah beieinander wohnten die Gedanken.

Doch hart im Raume stießen sich die Sachen: Quadros regierte von Brasilia aus praktisch ohne und sehr bald gegen den Kongreß, der sich selten in der zur Beschlußfähigkeit nötigen Anzahl in der neuen Hauptstadt versammelte. Da der Präsident im Parlament keine Partei, noch weniger eine Mehrheit besaß, versandeten seine Gesetzesvorschläge sehr bald. Nur mit der Exekutive läßt sich ein Land wie Brasilien nicht regieren — es sei denn auf revolutionäre Art. Mit denen, die seine engsten Mitarbeiter sein sollten, den Kabinettsmitgliedern, war keine organische Zusammenarbeit möglich. Den Vizepräsidenten João Goulart, einer anderen Partei und einem anderen, stark kommunistenfreundlichen Kurs verschrieben, machte er sich bald zum entschiedenen Gegner. Die Armee stieß er zu wiederholten Malen brüsk vor den Kopf. Hinzu kam sein außenpolitisches Konzept, das mit den brasilianischen Traditionen brechen und eine neutralistische Haltung im Ost-West-Konflikt einnehmen wollte, wobei nicht klar ist, ob Quadros durch seine ostentativen Sympathiebekundungen zu Ostblockländern — vor allem der Sowjetunion, mit der er die diplomatischen Beziehungen wieder anknüpfte — nur die Nordamerikaner unter Druck setzen und erpressen oder ob er wirklich aus der Front des Westens ausscheren wollte. Jedenfalls trug ihm diese Politik die Gegnerschaft weiter Kreise der führenden Schichten des Landes, der Kirche und der Armee, aber auch großer Teile des Volkes ein, obwohl andererseits den gefährlichen Bewegungen der fidelistischen Bauern-Liga durch die Konzessionen an den Linkskurs von oben der Wind aus den Segeln hätte genommen werden sollen.

Die schwerste Hypothek auf der Regierung Quadros war wohl das Erbe Kubitscheks: die zerrüttete Währung, die enormen Schulden, die unverhüllte Korruption, die ungelösten Versprechungen (mit Ausnahme von Brasilia und einer hektisch vorangetriebenen, aber unausgeglichenen Industrialisierung). Hier Ordnung zu schaffen ging über Menschenkraft, zumal da sich der Mensch, der sich

vor diese Aufgabe gestellt sah, zuvor in eine splendid isolation begeben hatte, die ihm keinen Spielraum mehr ließ — es sei denn den der Revolution von oben, des Staatsstreichs, der einem solchen Einzelgänger jedoch auch wieder nicht gelingen konnte, selbst wenn er ihn gewollt und versucht hätte.

Um zu sehen, woran Jânio Quadros scheitern mußte, genügt es, drei Problemkreise zu betrachten, deren Bereinigung ihm aufgetragen war und vor deren Überlast er schließlich in den Rücktritt vom Amte auswich: 1. sein eigenes Reformprogramm, 2. die Kaffeekrise, 3. die Bauernbewegung.

Das Reformprogramm

Jeder Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten wird da anfangen müssen, wo Quadros aufgehört hat, wenn er vermeiden will, daß Brasilien in das Chaos der Revolution stürzt. Alle geplanten Maßnahmen waren letztlich von dem Druck der ungelösten sozialen Spannungen diktiert, die gerade durch die Industrialisierungspolitik Kubitscheks ins Unerträgliche gesteigert worden waren, da die immer mehr verelendende Landbevölkerung ohne jeglichen sozialen Schutz blieb, während die neue Arbeiterklasse gelernt hatte, im Vergleich zu dem Lebensstandard ihrer Klassengenossen in anderen Ländern immer höhere Forderungen nach besseren Existenzbedingungen zu stellen.

Quadros wollte darum — und er hat in einer seiner letzten Kabinettsitzungen seine Minister angewiesen, ihm die ihren Ressorts entsprechenden Reformvorschläge zu machen — vor allem an eine gründliche Agrarreform herangehen, um die gefährlich großen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen des Landes sowie zwischen Landwirtschaft und Industrie zu verringern. Dafür lag für den Staat São Paulo ein auch von der Kirche gebilligtes Modell bereits vor, das aber auf weniger entwickelte Gebiete nicht ohne weiteres übertragen werden konnte, obwohl gerade in dem von Bauernunruhen durchschüttelten Nordosten des Landes mit seinen 15 Millionen hungernden Menschen die Reformen am dringlichsten gewesen wären. Dazu schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 8. August in einem Bericht von Ende Juli: „In den riesigen Gebieten des brasilianischen Nordostens, in denen noch das System der Feudalherrschaft besteht und eine kleine Zahl von Latifundienbesitzern sich in den Besitz des Landes teilen, liegen die Bedingungen aber ganz anders.“ Es sei kein Zufall, daß gerade hier der Fidelismus besonders viele Anhänger habe, die eine Landverteilung nach kubanischem Vorbild verlangten. Die Schaffung eines Bauernstandes sei zweifellos ein erstrebenswertes Ziel, aber es würde kaum mit einer Landverteilung erreicht werden. Zunächst bedürfe es noch erheblicher Vorarbeit, vor allen Dingen einer fachlichen Erziehung der Landarbeiter und der Bildung von Genossenschaften für den Absatz.

Im Zusammenhang mit diesen strukturellen Reformen sahen die Pläne Quadros' ferner eine große Steuerreform vor, die um so nötiger wäre, als ein großer Teil der Angehörigen der freien Berufe keine oder nur ganz geringe Steuern entrichtet. Ferner war an eine Bankenreform gedacht, mit der die Gründung einer Landwirtschaftsbank verbunden sein sollte. Ebenso war eine umfängliche Erziehungs- und Bildungsreform geplant, die das Übel des Analphabetentums an der Wurzel bekämpfen und Grundschul- und Berufsausbildung sowie Hochschulziehung

einschließen sollte. Auch das Rechts- und Prozeßwesen sollte neu geordnet und so das Gefühl der Rechtssicherheit gestärkt werden.

Schon dieses Reformprogramm zeigt, daß eine Regierung, die es ausführen will, solidere Grundlagen und einen längeren Atem haben muß, als sie dem Einmannsystem von Jânio Quadros beschieden waren.

Die Kaffeekrise

Zu den genannten Schwierigkeiten kommt noch der wirtschaftliche Druck, unter dem Brasilien in dieser Zeit des Umbruchs chronisch leidet. Noch immer ist trotz der schnellen Industrialisierung der Kaffee der Nerv der brasilianischen Wirtschaft. Die Formel für die augenblickliche Situation lautet: wachsende Produktion bei gleichbleibender, wenn nicht rückläufiger Ausfuhr und fallenden Preisen. Das hätte naturgemäß sogar zu einem viel größeren Preissturz und damit zur Katastrophe führen müssen, doch wurde dieses Absinken durch Stützungsmaßnahmen der Regierung vermieden, was zwar den Produzenten zugute kam, aber die Staatsfinanzen zusätzlich belastete. Einer Ernte von 25—27 Millionen Sack (1 Sack = 60 kg) — in manchen Rekordjahren sind es über 40 Millionen — steht gleichbleibend ein Export von 17 Millionen Sack und ein interner Verbrauch von 6—7 Millionen Sack gegenüber. Der Rest wird auf Staatskosten gehortet. Drei Fünftel des Exports gehen in die USA. Man versteht, warum sich Brasilien um den Ostblock als neuen Absatzmarkt bemühen mußte. Maßnahmen wie Reduktion des Kaffeeanbaus oder kostspielige Verbesserung der Qualität stoßen auf den Widerstand der Produzenten. Und so ist auch diese für Brasilien wirtschaftlich und politisch so wichtige Schicht in Gegnerschaft zu einer energischen Regierung gedrängt worden, die solche Maßnahmen ergreifen wollte.

Die Bauernbewegung

Die sozialrevolutionäre Bauernbewegung des Kongreß-abgeordneten Francisco Julião hat indessen neuen Auftrieb erhalten (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 404) und nicht nur auf andere Regionen, sondern auch auf andere soziale Schichten übergreifen, und das, obwohl Präsident Quadros der SUDENE (Sociedade Urbanizadora dos Estados Nordestinos), einer staatlich geförderten Institution zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Nordstaaten (Pernambuco, Ceará, Paraíba, Alagôas, Piauí, Sergipe, Maranhão und Rio Grande do Norte), seine volle Unterstützung gewährt und ihr fürs erste einen Kredit von sechs Milliarden Cruzeiros (etwa 90 Millionen DM) als Starthilfe für den auf 200 Milliarden Cruzeiros veranschlagten Fünfjahresplan zur Verfügung gestellt hatte. Der Plan selbst, von der Kirche gefördert und gebilligt, stieß naturgemäß auf die Ablehnung der Feudalherren; öffentliche Gelder versickerten in den Taschen von Mittelsmännern, und so ist das Anschwellen der „Ligas Camponesas“ mit ihren Versprechungen von ländlichem Eigenbesitz auf Kosten der Latifundienbesitzer begreiflich. Die Bewegung zeigt aber mehr und mehr ausgesprochen kommunistische Tendenzen und bekennt sich ziemlich offen zu Methoden und Zielen der kubanischen Revolution. Im Juni wurde deutlich, daß es ihr gelungen war, auf Kreise der Studentenschaft in Recife (Hauptstadt von Pernambuco) überzugreifen. Es kam zu ersten Unruhen, nachdem die Polizei einen Vortrag der

kommunistischen Agitatorin Celia Guevara, der Mutter des bekannten „Ché“ Guevara aus Kuba, verboten hatte; die Lage wurde so ernst, daß der Präsident sich gezwungen sah, einen Teil der Kriegsflotte in den Hafen von Recife zu beordern und Panzer vor der Universität auffahren zu lassen. Es mußte Quadros zu denken geben, daß die Unruhestifter sich nicht ohne Grund auf seine, des Präsidenten, eigene Sympathien für Fidel Castro hätten berufen können.

Lateinamerika braucht mehr als Geld

Man hat gelegentlich gesagt, nicht die unstabilen politischen Verhältnisse in den lateinamerikanischen Ländern seien an der wirtschaftlichen Dauerkrise schuld, sondern es sei umgekehrt. Auf Grund dieser Einsicht ist denn auch auf der Interamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Punta del Este (Montevideo, Uruguay) im August ein großes Finanzierungs- und Förderungsprogramm beschlossen worden, das als „Allianz für den Fortschritt“ eine Art amerikanischen Marshallplan darstellen soll. Der Plan ist auf zehn Jahre befristet. Als praktischer Auftakt wird die Schaffung der Interamerikanischen Entwicklungsbank mit einer Milliarde Dollar Einlage betrachtet. Im ganzen sollen 20 Milliarden Dollar aufgebracht werden, deren Verteilung von einem neunköpfigen Expertenkomitee überwacht und entschieden wird. Aber wie die Dinge heute liegen und wie auch die brasilianische Staatskrise erneut beweist, braucht Lateinamerika mehr als Geld. Wenn irgendwo, dann ist hier Entwicklungshilfe als Bildungshilfe notwendig: Grundschulziehung der Massen, Erwachsenenbildung, politische Erziehung, soziale Sanierungsmaßnahmen müßten erst die Voraussetzungen schaffen, damit ehrgeizige und weitblickende Reformprogramme wie die des gescheiterten brasilianischen Staatspräsidenten Quadros durchführbar werden und nicht nur Wunschzettel bleiben. Solange das nicht geschieht, besteht die Gefahr, daß mit den nordamerikanischen und europäischen Hilfgeldern der kommunistische Umsturz finanziert wird.

Entscheidung des amerikanischen Obersten Gerichtshofes zur Sonntagsruhe

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat am 29. Mai 1961 ein Urteil gefällt, das die gesetzliche Sonntagsruhe in den Vereinigten Staaten als nicht gegen die Verfassung verstoßend bestätigt. Gegenstand des Prozesses war der Wunsch der orthodoxen Juden und Sabbatharier in Amerika, die ihnen durch Einhaltung der Sabbathruhe (am Sonnabend) entstehenden finanziellen Verluste durch entsprechende Sonntagsarbeit auszugleichen (vgl. dazu Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 536 f.). Bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes lagen zwei sich widersprechende Gerichtsentscheidungen vor.

Die Anwälte der Sabbatharier vertraten vor dem Supreme Court den Standpunkt, daß jedes Gesetz, das den Sonntag zu einem staatlich geschützten Feiertag mache, die christliche Religion einseitig bevorzuge, diese gleichsam wie eine Staatsreligion schütze und daher verfassungswidrig sei. Das Oberste Gericht entschied dagegen in einer 8 : 1-Entscheidung, daß der Sonntag als Ruhetag zwar zweifellos religiösen Ursprungs, in der Gegenwart aber nichts anderes als eine Arbeitspause sei zum Zwecke der „Ruhe und Erholung“. Den Einzelstaaten könne nicht untersagt werden, Gesetze zu erlassen, solange diese Ge-

setze einem entsprechenden weltlichen Zweck dienen und dieser durch andere angemessene Mittel nicht erreicht werden könnte. Oberrichter Warren formulierte: „Wenn der Staat jene schützt, die ihren Gottesdienst am Sonntag abhalten, so bedeutet dies nicht, daß der Staat allen einen Gottesdienst aufzwingt“ (sämtliche Zitate nach „America“, 1961, S. 627 ff.).

In der abweichenden Entscheidung des Obersten Richters Douglas wird die Ansicht vertreten, daß der Staat zwar einen allgemeinen Ruhetag einsetzen könne, daß dies aber ein „establishment“ (d.h. die staatliche Anerkennung einer bestimmten Religion) darstelle, wenn dieser Tag die religiöse Praxis irgendeiner Religionsgemeinschaft gesetzlich sanktioniere.

Diese Entscheidung geht an dem Kern des Problems, dem ökonomischen Schaden, den die Sabbatharier faktisch erleiden, wenn sie z. B. ihre Geschäfte an zwei Tagen der Woche geschlossen halten müssen, vorbei. (Die abweichenden Meinungen einzelner Richter gehen eher am Rande auf diesen Gesichtspunkt ein. So definierten die Richter Stewart, Brennan und Douglas: „Kein Staat kann konstitutionell von einem orthodoxen Juden verlangen . . ., daß er zwischen seiner religiösen Überzeugung und seiner ökonomischen Existenz zu wählen habe.“) Dies lag nicht zuletzt daran, daß die Anwälte der Sabbatharier im wesentlichen vom „establishment“ her, den die Sonntagsgesetze in den einzelnen Staaten darstellten, argumentierten.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wird, so scheint es, von vielen Amerikanern bedauert, weil sie vorerst einen weiteren Fortschritt zur Verwirklichung der religiösen Freiheit in den Vereinigten Staaten verhin-dert und die Forderung der orthodoxen Juden und Sabbatharier allgemein als angemessen betrachtet wird. Immerhin schließt die Gerichtsentscheidung nicht aus, daß die Gesetzgebung in den einzelnen amerikanischen Staaten die besonderen Bedürfnisse der Sabbatharier berücksichtigt, wie es in einigen von ihnen bereits geschieht.

Aus den Missionen

Daß die Jugend in den Missionen zusammen mit technischer Ausbildung auch eine gediegene Glaubensschulung erhalte. Missionsgebetsmeinung für November 1961

Wenn wir dem Sinn der Gebetsmeinung gerecht werden wollen, dürfen wir bei „technischer Ausbildung“ nicht etwa nur an Vorbildungsstätten industrietechnischer Natur denken; es sollen hier vielmehr alle Berufe erfaßt werden, die irgendwie eine technische Unterweisung verlangen, sei sie auch rein handwerklicher Art. Wir beobachten

nun in allen Entwicklungsländern ein sprunghaftes Ansteigen des technischen Schulwesens, wobei freilich die Einschränkung zu machen ist, daß man der Bildung eines selbständigen Handwerkerstandes, dessen Existenz auch für das soziale Gleichgewicht in einer nationalen Gemeinschaft so wichtig ist, von seiten der jungen Staaten nicht jene Aufmerksamkeit zeigt, die ihr im Bereich der christlichen Missionen von jeher geschenkt wurde.

Andererseits tun sich die Missionen nicht leicht bei der Einrichtung moderner technischer Schulen zur Vorbereitung auf Spezialberufe der Industrie, die überall in den Entwicklungsländern aufgebaut wird. Es fehlt hier an geeigneten Lehrkräften und an Mitteln. Die Mission der vergangenen Zeit baute ihr technisches Schulwesen meist

in Zusammenhang mit dem Aufbau der technischen Missionseinrichtungen bzw. Missionsgebäude aus, obwohl manche Lehrorden auch unabhängig davon hochangesehene technische Mittelschulen und sogar Hochschulen errichteten, so die Salesianer Don Boscos und die Jesuiten. In den missionsverbundenen niederen technischen Schulen waren die technischen Einrichtungen der Mission (hier modern, dort weniger modern) das Lehrmaterial. Als Lehrkräfte dienten hier die handwerklich-technisch oft hervorragend ausgebildeten Missionsbrüder. Der unvergleichliche Wert dieser Schulen war, daß sie ihren Schülern neben der technischen eine berufsethische Bildung und eine charakterliche Schulung vermittelten, die diese überall zu begehrten Arbeitskräften machte. Die religiöse Bildung der Katholiken und Katechumenen in diesen Schulen schien gesichert durch das Mitleben mit dem kirchlichen Leben und die ganze sie umgebende Umwelt. Der Rückgang der Brüderberufe in vielen Missionsorden hatte nun zur Folge, daß an nicht wenigen Stellen ein wachsender Mangel an technisch vorgebildeten Brüdern auch zur Einschränkung des technischen Schulwesens auf der unteren Ebene führte. Erst allmählich wurde diese Lage durch Ausbildung einheimischer Brüder und Hinzuziehung ausländischer Laienhelfer mancherorts überwunden. Die letzte Gesamtstatistik eines Missionsordens, der stets über eine große Zahl technisch ausgebildeter Laienbrüder verfügte und dementsprechend ein gut entwickeltes technisches Schulwesen besaß — es handelt sich um die Gesellschaft vom Göttlichen Worte —, scheint wenigstens für diesen Orden zu erweisen, daß der Tiefstand der Nachwuchskrise überwunden ist. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche günstige Nachrichten auch von anderen Missionsorden kämen. Denn die Zeit der mit der Mission eng verbundenen technischen Schulen ist keineswegs vorbei. Sie sind gerade jetzt nötig, wo man von den Missionen besondere Beiträge zur Entwicklungshilfe erwartet.

An den gehobenen technischen Schulen der Missionen kann man heute die technischen Fachleute aus dem Stande der Laien nicht entbehren. Sie sind nicht leicht zu finden, da diese Schulen trotz meist gewährter staatlicher Beihilfe keine glänzende finanzielle Situation bieten können und zudem bei der Auswahl der Kräfte nicht nur auf technisches Können, sondern auch auf christliche Überzeugung und christliches Leben der weltlichen Lehrkräfte achten müssen. Naturgemäß stehen die gehobenen technischen Schulen der Mission wegen ihres überregionalen Charakters und ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft der Nation besonders im Blickfeld der ausländischen und einheimischen Entwicklungsplaner in den jungen Staaten, und man erwartet von ihnen Einordnung in die Gesamtplanung, die Erfüllung einer gleichsam öffentlichen Funktion und die Bereitschaft, Schüler aus allen Bevölkerungsschichten und Weltanschauungen aufzunehmen. Obwohl sich der zentralisierende staatliche Einfluß bei den technischen Missionsschulen zur Zeit noch nicht sehr stark bemerkbar macht, hat man dennoch schon in einigen der jungen Staaten diese Schulen unter Berufung auf die Notwendigkeit eines staatlichen Schulmonopols der Mission entzogen.

Einst standen die technischen Missionsschulen allein auf weiter Flur. Die Staaten interessierten sich oft erst Jahrzehnte später für das technische Schulwesen. Die Dinge haben sich inzwischen immer stärker gewandelt. Seitdem die UN-Hilfsorganisationen dem Ausbau des öffentlichen („offiziellen“) technischen Schulwesens in Landwirtschaft,

Handwerk und Industrie große finanzielle Mittel zuwenden, sind auch die in der Entwicklungshilfe tätigen Staaten der beiden großen politischen Weltblöcke dazu übergegangen, den Entwicklungsländern komplette technische Schulen (Lehrkräfte, Lehrmaterial, Kosten für den Schulbau) zu schenken. 40 solcher technischer Schulen hat bisher allein die Bundesrepublik eingerichtet, und sie ist jetzt daran, in Verbindung mit der Vereinigten Arabischen Republik sogar ein Polytechnikum in Kairo zu gründen. Die gehobenen und höheren technischen Missionsschulen müssen sich heute gegenüber einer Vielzahl von offiziellen Schulen behaupten. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß die ausländischen Staaten bei Schenkung von Schuleinrichtungen schon aus Prestige Gründen auf modernste Ausrüstung achten. Wollen die Missionsschulen hier den Wettbewerb bestehen, so müssen sie ihre Einrichtungen dauernd modernisieren. Sie verfügen aber nicht im entferntesten über die Mittel, die den Regierungsschulen aus Steuergeldern und den Entwicklungsfonds der Weltorganisationen bzw. der ausländischen Industriestaaten zur Verfügung gestellt werden. Ihr großes Plus ist indes, wie schon angedeutet, die charakterliche und arbeitsethische Erziehung, die sie vermitteln. Unsere heimischen Entwicklungsplaner und viele verantwortliche Staatsmänner in den jungen Staaten Asiens und Afrikas sehen von Jahr zu Jahr klarer, daß Entwicklungshilfe zunächst ein geistig-sittliches Erziehungsproblem ist und daß bei Lösung dieser Aufgabe die technischen Missionsschulen eine große Bedeutung haben.

Mangelhafte statistische Unterlagen

Gerne würden wir genaue statistische Unterlagen über die Ausdehnung und die Aufteilung des technischen Schulwesens der Missionen nach Typen vorlegen. Zwar geben die einzelnen Missionssprengel alljährlich zum 30. Juni in ihren Rechenschaftsberichten an die Propagandakongregation Auskünfte dieser Art unter dem zusammenfassenden Titel „Berufsschulen“. Aber der Begriff „Berufsschulen“ (oder nach der Terminologie des Statistischen Amtes der Bundesrepublik „berufsbildende Schulen“) ist weiter als der Begriff „Technische Schulen“. Es gibt ja auch nicht-technische Berufe und demnach auch in den Missionen zahlreiche Schulen, die darauf vorbereiten. So bieten die Berufsschulstatistiken, wie sie die Agenzia Fides in unregelmäßigen Zeitabständen herausgibt, leider für das Gebiet der spezifisch „technischen“ Schulen keine brauchbaren Unterlagen. In der Übersicht „Die Leistungen der afrikanischen Kirche auf dem Gebiete von Unterricht und Erziehung“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 455) wurde schon auf die objektiven Schwierigkeiten hingewiesen, die technischen Missionsschulen in Afrika angesichts der verwirrenden Mannigfaltigkeit der Typen und der fehlenden Verständigung über die anzuwendenden Bezeichnungen in ein Wertungssystem einzuordnen. Vielleicht hat deshalb auch das Statistische Amt bei der Propagandakongregation noch nie eine ins einzelne gehende vergleichende Aufstellung über die Entwicklung des Berufsschulwesens bzw. des technischen Unterrichts in den Missionen geboten, obwohl eine solche Statistik im gegenwärtigen Stadium der Entwicklungshilfe für Asien und Afrika sicherlich sehr aufschlußreich und nützlich sein könnte.

Befragen wir die amtlichen (oft sehr lückenhaften) Statistiken der Regierungen der Entwicklungsländer über den

Stand ihres technischen Schulwesens, so begegnen wir den gleichen Schwierigkeiten und Enttäuschungen: unterschiedliche Erfassungskategorien, terminologische Verschiedenheiten, Fehlen von Angaben über die Entwicklung von Jahr zu Jahr oder wenigstens von Jahrfünft zu Jahrfünft. So gestatten auch die seit einiger Zeit erscheinenden „Länderberichte“ des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, die schon über viele Staaten Asiens und Afrikas berichteten, nirgendwo eine eindeutige Erfassung der technischen Schulen, geschweige denn Vergleiche von Land zu Land. Sichtbar ist nur der steile Anstieg des Berufs- und Fachschulwesens.

Man muß sich davor hüten, den Anteil der technischen Schulen am Gesamt-Missionsschulwesen zu hoch anzusetzen. Zu einer Zeit, als man in diesem Bildungssektor fast nur die Handwerkerschulen kannte, bezifferte Robert Streit OMI in seinem Buche „Die katholische Weltmission. Zahlen und Zeichen“ (1928) ihre Zahl auf 462 gleich 1,09 Prozent aller Missionsschulen. Entsprechend belief sich die Anzahl der Schüler auf knapp 20 000 = 1,1 Prozent aller Besucher von Missionsschulen. Der Autor kommentiert diese Angaben wie folgt: „Es will scheinen, daß diese Zahlen der Bedeutung nicht entsprechen, die der Handwerkerschule für den praktischen Missionsbetrieb und für die soziale und wirtschaftliche Hebung von Volk und Land zugesprochen werden muß.“ Die letzte uns bekannte Gesamtstatistik über „Berufsschulen“ aus dem Jahre 1955 gibt 1142 Schulen mit 26 007 Schülern und 30 864 Schülerinnen an. Die Zahlen wären noch erheblich höher, wenn nicht kurz vorher der Verlust der großen Chinamission nebst jener in einigen angrenzenden Gebieten eingetreten wäre. Kann man nun die Zahlen der Handwerksschulstatistik von 1928 mit der Berufsschulstatistik von 1955 vergleichen? Offenbar kaum. Zwar deckten sich um 1928 noch weitgehend die Begriffe Berufsschule und Handwerkerschule ihrem sachlichen Inhalt nach, nicht aber mehr 1955. Inzwischen trat nämlich eine Vielfalt neuer Berufsschul-Typen in Erscheinung: Haushalt-, Ehevorbereitungs-, Gewerbe-, Sozialberufs-Schulen, neue Formen gehobener technischer Schulen usw. Man kann also die Zahlen kaum in Vergleich setzen. Wahrscheinlich hat die Neuerrichtung technischer Missionsschulen mit der starken Entfaltung der allgemeinen Bildungsschulen aller Art seitens der Missionen in keiner Weise Schritt gehalten. Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß infolge des stets verstärkten Einsatzes der Regierungen und Kommunen bei Neugründung von technischen Schulen auf diesem Sektor des Bildungswesens die öffentlichen vor den privaten Schulträgern schnell die Oberhand gewinnen.

Immerhin hat die Bewegung innerhalb der christlichen Kirchen zur Hilfe für die notleidenden Völker in der Welt auch den Initiativen zur Entfaltung des technischen Schulwesens einen neuen Anstoß gegeben. Das Bischöfliche Hilfswerk „Misereor“ bemüht sich z. B. sehr um Einrichtung solcher Schulen. Die in vielen Missionsdiözesen entstandenen oder entstehenden Sozialzentren und Sozialsekretariate suchen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf dem Gebiete technischer Entwicklung mit den sozialen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Neue Typen technischer Schulen entstehen, die schon im Berufsleben stehenden Arbeitern in mehrjährigen Kursen technische Vervollkommnung bieten. In Zusammenarbeit mit der Industrie schuf man in mehreren Gebieten Afrikas für Schulentlassene einen Mischtyp von technischer Schule und praktischer Lehrlingsvorbildung, um den schroffen Über-

gang von der Schule in die Fabrik zu vermeiden: drei Tage Unterricht im Zentrum für Berufsbildung und drei Tage Arbeit in der Fabrik. Über die Wirksamkeit der von den Weißen Vätern in der Sahara nach diesem System überall errichteten Lehrwerkstätten sind die Behörden des Lobes voll. Das Berufsbildungszentrum der Weißen Väter in Bamako, wo in Dreijahreskursen Elektriker, Mechaniker, Bauhandwerker usw. vorbereitet werden, fand in der Agenzia Fides (Documentazione, Juni 1960) folgende Würdigung: „Dem Zentrum liegt die Bildung des Berufsgewissens, des Verantwortungsbewußtseins, des Sinnes für die Hierarchie der Werte besonders am Herzen... Die Schüler haben also bei der Entlassung nicht nur einen beruflichen, sondern einen echt menschlichen Wert und werden deshalb als Arbeitskräfte sehr geschätzt.“ An den Katholischen Universitäten der Missionen ist man bemüht, die technischen Fakultäten beschleunigt auszubauen. Dieses Bemühen wirkt sich dann auch auf die Entwicklung der unteren Stufen des technischen Schulwesens in sachlicher und personaler Hinsicht aus. Auf evangelischer Seite ist man geneigt, größere Mittel für technische Bildungsstätten bereitzustellen. Der (protestantische) Rat der Kirchen des Kongo hat soeben ein Polytechnisches Institut errichtet, das an 22 Zentren der kongolesischen Jugend ermöglichen soll, die unentbehrlichen Kenntnisse in Medizin, Agrikultur, Volkswirtschaft, öffentlicher Verwaltung und technischen Disziplinen zu erwerben. Die einzelnen Schulen der völlig dezentralisierten Einrichtung werden in einer internationalen und interrassischen Fakultät zusammengefaßt, die der Kaderbildung des Erziehungssystems dienen soll. Das Büro für den Aufbau des Polytechnikums wurde beim Weltrat der Kirchen zu New York eingerichtet. Es verfügt über ein Budget von 1,5 Millionen Francs. Zum Vergleich: das ganze Unterrichtsbudget der Kongoregierung für 1960 belief sich auf 2,5 Millionen Francs.

Christlicher Geist an technischen Missionsschulen

Wenn die Kirche in eigenen Schulen der Missionen technischen Unterricht vermittelt, so tut sie dies im Interesse der kulturellen Höherführung der Völker, diese wiederum auf ihre dem ganzen Menschen zugewandte Erlösungsaufgabe hinordnend. Sie weiß — und die Erfahrungen des „Jahrhunderts der Technik“ haben dies in erschütternder Weise bestätigt —, daß die Handhabung und Entwicklung der Technik den Menschen nur zum Segen gereicht, wenn sie im Dienste der göttlichen Weltordnung steht. In Erfüllung ihrer Sendung kann die Kirche grundsätzlich nicht auf ihr Recht verzichten, auch technische Schulen zu errichten, und die Welle der Diesseitgläubigkeit und des praktischen Materialismus, die mit der Verbreitung der modernen Technik die Missionsländer überflutet, macht es der Kirche zur missionarischen und seelsorglichen Pflicht, solche Einrichtungen zu schaffen, in denen neben technischem Können auch das christliche Menschenbild vermittelt wird.

Es ist die Frage zu stellen, ob die bestehenden technischen Missionsschulen, die zweifellos als handwerkliche Bildungsstätten einen guten Ruf besitzen, auch in der Vermittlung religiöser, besonders auch sozialchristlicher Bildung das leisten, was sie eigentlich leisten müßten. Die Antwort wird von Fall zu Fall gegeben werden müssen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Typs der betreffenden technischen Schule. Die Möglichkeiten und

Notwendigkeiten religiöser Beeinflussung sind verschieden, je nachdem es sich um eine Schule mit Internatserziehung oder eine solche handelt, in der die Schüler nur im Unterricht vom Missionspersonal erfaßt werden; ob die Schule im Patriarchalverband einer Abtei bzw. innerhalb einer geschlossenen Missionsniederlassung geführt wird und die Werkstätten der Missionsbrüder zugleich die Schulräume darstellen oder ob es sich um eine technische Schule mitten in einer heidnischen Stadt handelt, die möglicherweise alljährlich nur auf den Nachweis entsprechender Vorbildung hin Studenten aus christlicher und nichtchristlicher Umwelt aufnimmt. Zweifellos erfüllt eine katholische technische Missionsschule nicht ihren Sinn, wenn sie ihren katholischen Schülern nicht hilft, entsprechend der Ausweitung und Vertiefung ihres naturwissenschaftlich-technischen Weltbildes auch ihr religiöses Wissen zu vertiefen. Ferner muß eine Missionsschule dieser Art ihre Schüler, auch die nichtchristlichen, mit der katholischen Soziallehre bekannt machen, „nach der die menschlichen Beziehungen gestaltet werden sollen, entsprechend den allgemeinen Grundsätzen, die sich aus der Natur der Dinge sowie den konkreten Verhältnissen des menschlichen Zusammenlebens ergeben wie aus dem spezifischen Charakter der Zeit. Die Grundsätze sind deshalb für alle annehmbar“ (*Mater et magistra*; Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 554). Einen solchen systematischen sozialchristlichen Unterricht mochte man in den Missions-Handwerkerschulen alten Stils, die im engsten Anschluß an das Leben der christlichen Gemeinde bzw. einer Ordensgenossenschaft geführt wurden, für entbehrlich halten. Heute aber, wo das ganze soziale Gefüge der Entwicklungsländer im Umbau begriffen ist und wo „die neuen Ideen“ die Geschlossenheit aller Lebensbereiche aufsprengen, genügt die alte Form der religiösen Ausbildung an den Missions-Handwerkerschulen nicht mehr. Es muß den Schülern bzw. Lehrlingen mit der technischen Schulung auch eine soziale Orientierung in Hinsicht auf die neuen Gegebenheiten vermittelt werden. Sie müssen auch fähig gemacht werden, in der Welt der Industriegesellschaft am Aufbau einer aus christlichem Geist gestalteten Sozialordnung mitzuwirken. Es ist doch sicher nicht natürlich, wenn Christliche Gewerkschaften (oder Gewerkschaften gläubiger Arbeiter) und Christliche Arbeiterjugend bei ihrer Organisation gar keine oder nur geringe Unterstützung aus den Kreisen jener erhalten, die im Laufe der Jahrzehnte durch technische Berufsschulen der Missionen gingen! Das Potential der technischen Missionsschulen an Aktivisten der katholischen Sozialidee scheint noch wenig ausgeschöpft zu sein. Ist es überhaupt vorhanden, kann es vorhanden sein, wenn die Schüler nicht systematisch in die Soziallehre der Kirche eingeführt wurden und lernten, die modernen Probleme des gesellschaftlichen Lebens aus christlicher Sicht anzugehen? Muß man nicht auch erwarten, daß der Versuch gemacht wird, an technischen Missionsschulen einen apostolischen Geist zu schaffen? Die neue Sozialzyklika *Mater et magistra* vom 15. Mai 1961 wird sicher den Leitern technischer Missionsschulen Anlaß zur Überprüfung der religiösen bzw. religiös-sozialen Seite der Vorbildung ihrer Schüler sein. Es wird ihnen dabei nicht der Passus im vierten Teil der Enzyklika entgehen, wo es heißt, „daß die Soziallehre der katholischen Kirche ein integrierender Bestandteil der christlichen Lehre vom Menschen ist“. „Deswegen wünschen Wir dringend“, so fährt der Papst fort, „daß man sich immer mehr in sie vertieft. Vor allem aber wünschen

Wir, daß sie in den katholischen Schulen aller Stufen, ganz besonders aber in den Seminarien, als Pflichtfach vorgetragen werde“ (Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 554). Auf allen katholischen Schulen jeder Stufe! Dies bedeutet: auch auf allen technischen Schulen jeder Art, und auf ihnen ganz besonders, weil sie eine so wichtige Funktion bei der Einsenkung sozialchristlichen Geistes in das Leben der jungen Staaten zu erfüllen haben.

Die Bereitstellung geeigneter Lehrkräfte für diesen Unterricht wird manchmal Schwierigkeiten bereiten. Sie werden in dem Maße überwunden werden können, als es den örtlichen Kirchen gelingt, Priester und Laien als Spezialisten auf dem Gebiete der Sozialethik, der Soziologie, des Arbeitsrechts, der praktischen Sozialarbeit, des Gewerkschaftswesens herauszubilden. Hilfe für diesen Unterricht können Handbücher sein, wie sie vom Sozialinstitut in Poona (Indien) und in Ostafrika von den Patres Dr. Walbert Bühlmann OFM Cap und Alkuin Bundschuh OSB herausgegeben wurden. Wichtig erscheint, daß solche Handbücher für den Unterricht der Aufnahmefähigkeit der Schüler angepaßt werden. Es ist schon die Klage erhoben worden, daß einige der jungen Sozialinstitute der Missionen zu wenig Kontakt mit dem konkreten Leben behalten und sich zu einseitig auf dem Gebiete abstrakter Darlegungen bewegen! Die christliche Soziallehre muß so dargestellt werden, daß sie ihre Beispiele aus dem unmittelbaren Lebensbereich der Schüler nimmt und zur Anwendung auf die spezifische Eigenart der Sozialprobleme des betreffenden Volkes Anregung und Wegweisung bietet.

Die katholischen Schüler der öffentlichen technischen Schulen

Nicht nur für die katholischen Schüler der missionseigenen privaten technischen Schulen, sondern auch für jene der öffentlichen Schulen dieser Art hat die Kirche eine religiöse Verantwortung. Mit der Zahl solcher Schulen, die alle weltanschaulich neutral sein wollen, wächst auch die Zahl der sie besuchenden Katholiken. Die Art der Werbung für diese Bildungsstätten seitens der UN-Organismen und der Regierungen gestattet es der Kirche kaum, katholische Studenten und Schüler vom Besuch dieser oder jener Schule abzuhalten, deren weltanschauliche Haltung zu Besorgnissen Anlaß gibt, zumal wenn im Bezirk, wie es meist der Fall ist, keine kirchliche Schule gleicher Art vorhanden ist. Obwohl in technischen Schulen der Regierungen und Kommunen keinerlei weltanschaulicher Unterricht erteilt wird, hat natürlich die Weltanschauung der Lehrpersonen, wie überall, auch hier einen großen Einfluß auf die geistige Entwicklung der Schüler. Die Zahl der überzeugten Christen unter den Lehrern dieser Schulen ist gering. Wir dürfen uns darüber keinerlei Täuschung hingeben. Schauen wir uns die Kategorien von Lehrkräften näher an. Die Lehrer an den vom Ausland gestellten technischen Schulen werden, vorläufig wenigstens, von den spendenden Ländern mitgeliefert. Die Staaten des kommunistischen Blocks senden nur überzeugte Kommunisten, die neben der technischen auch eine weltanschauliche Ausbildung erhalten haben. Der ganze Lehrkörper ist weltanschaulich homogen, und dies allein schon sichert einen großen Einfluß auf die Studierenden, selbst wenn die Lehrkräfte sich hüten, irgendwelche Propaganda für ihre Weltanschauung zu machen. Da ferner der theoretische Unterricht in den kommunistischen technischen Schulen der Entwicklungsländer aufs engste mit der prak-

tischen Durchführung von Entwicklungsprojekten verbunden wird, gestatten zahllose menschliche Kontakte den Lehrern die Vermittlung kommunistischen Gedankengutes in Wort und Werk. Die Zahl solcher Schulen des kommunistischen Blocks steigt schnell, seitdem die Anfangsschwierigkeiten bei Beschaffung von Lehrkräften überwunden sind. Zur Beschleunigung des Programms der Einrichtung technischer Schulen werden die Kommunisten durch das Beispiel westlicher Staaten angeregt.

Die von der westlichen Welt den jungen Staaten mit perfekter technischer Ausrüstung und mit Lehrkräften zur Verfügung gestellten Schulen können keinen weltanschaulich einheitlichen Lehrkörper präsentieren. Sie spiegeln hier vielmehr die weltanschauliche Zerrissenheit der westlichen Welt wider, mehr noch: die wachsende Säkularisierung des Abendlandes. Gerade an unseren höheren technischen Schulen und Universitäten, aus denen die Mehrzahl der westlichen Lehrkräfte für die Entwicklungsländer hervorgeht, hat das religiöse Denken und vor allem das christliche Denken keinen hohen Kurswert. Hinter dem technischen Unterricht dieser Schulen steht auf jeden Fall kein einheitliches Weltbild. Er muß es den Schülern überlassen, sich dieses Weltbild selbst zu suchen. Wenn überzeugt christliche Lehrkräfte an diesen Schulen etwa versuchten, das totale Weltbild der neuen Sozialzyklika den Hörern nahezubringen, müßten sie gewärtig sein, daß freigeistige Kollegen es wieder zerstören. Die vom Westen gestellten technischen Schulen sind vielleicht nicht so sehr mit Rücksicht auf die gastgebenden Staaten weltanschaulich neutral als aus Verlegenheit. Welchen werbenden Vorteil die Kommunisten bei einer Jugend haben, die nach einem totalen Weltbild verlangt, liegt auf der Hand. Klar aber ist auch, daß nicht nur kommunistische technische Schulen den Glauben katholischer Schüler bedrohen, sondern auch die religiös-weltanschaulich neutralen technischen Schulen, die vom Westen in den Missionsländern errichtet werden.

Die Organisationen der Vereinten Nationen vermitteln ebenfalls ausländische Lehrkräfte für die technischen Schulen der Entwicklungsländer. Obwohl man heute nicht mehr sagen kann, daß überzeugte Katholiken dabei übergangen werden, so zeigt doch die Erfahrung, daß die große Mehrzahl dieser Lehrkräfte ein rein humanitäres Weltbild besitzt und propagiert. Das Bekenntnis zu diesem Weltbild und das Eintreten dafür wird praktisch nicht als Verletzung der weltanschaulichen Neutralität der UN gewertet. So sehr gehört es zu der geistigen Luft, in der sich die Arbeit der Vereinten Nationen entfaltet. Mehr noch: es wird häufig übersehen, daß den Vereinten Nationen in wachsendem Maße auch Staaten angehören, die kommunistisch orientiert sind. Sie verlangen, bei Besetzung der Lehrerposten an technischen Schulen ebenfalls vertreten zu werden. So kommt es, daß waschechte Kommunisten auch über die Vereinten Nationen in die technischen Schulen der Entwicklungsländer eindringen. Eine weitere Kategorie von Lehrern an öffentlichen technischen Schulen der Entwicklungsländer stellen jene Einheimischen dar, die im Rahmen der Community Development Projects eine Einführung in einfache Techniken erhielten, um das Gelernte schnell an die Umwelt weiterzugeben. Die Katholiken, die Nutznießer dieses von den Organismen der Vereinten Nationen geförderten Bildungssystems sind, kommen nur dann in Berührung mit der Welt der Religion, wenn Missionen solche Schulen leiten bzw. maßgebenden Anteil daran haben.

Eine letzte Kategorie stellen jene Einheimischen dar, die in der westlichen Welt oder im Bereich des kommunistischen Blocks an Ingenieurschulen, Universitäten usw. Technik studieren. Vorläufig befindet sich unter ihnen noch ein erheblicher Prozentsatz von Absolventen christlicher Missionsschulen. Aus den Reihen dieser Studenten werden nach Lage der Dinge sehr viele später haupt- oder nebenamtlich in ihrer Heimat technischen Unterricht geben müssen, auch an katholische Schüler. In welcher Richtung werden sie, die im Westen die Luft des religiösen Indifferentismus und Säkularismus atmeten und im Osten kommunistisch geschult wurden, ihre christlichen Schüler beeinflussen? Das Problem der Bewahrung der katholischen bzw. christlichen Studenten der Technik im Glauben und das der christlichen Beeinflussung der nichtchristlichen Studenten aus Übersee an westlichen Hochschulen stellt sich hier in der Sicht der Weitergabe der im Westen gewonnenen technischen Kenntnisse an die nächste Generation der Entwicklungsländer.

Man kann kein einheitliches Rezept geben, wie man den an öffentlichen technischen Schulen der Missionen herangebildeten Katholiken während ihrer Studien eine geeignete Glaubensschulung vermitteln kann. Das Hauptbemühen wird außerschulisch aus dem kirchlichen Raum ausgehen müssen: durch Spezialseelsorge, Hinführung der Studierenden zu für sie geschaffenen Organisationen, Ausbau des von Sozialinstituten eingerichteten Vortragswesens über die Soziallehre der Kirche, Grundlegung eines gediegenen Sozialunterrichts schon in den Mittelschulen. Da man damit rechnen muß, daß die jungen Staaten immer stärker das technische Schulwesen an sich zu ziehen versuchen, muß überlegt werden, wie man das bestehende technische Schulwesen der Missionen weitblickend in den Dienst der Vertretung der christlichen Weltanschauung an den öffentlichen technischen Schulen stellen kann, vor allem durch Vorbereitung technisch und religiös qualifizierter Lehrkräfte nicht nur für den eigenen Bedarf der Missionsschulen, sondern auch für jenen der öffentlichen technischen Schulen. Aber auch so behält das hier skizzierte Problem seine lastende Schwere.

Ökumenische Nachrichten

Die bedrohte Einheit der EKD „Die einzige organisatorische Klammer zwischen beiden Teilen Deutschlands ist nach den neuesten Vorgängen [seit dem 13. August] nicht mehr möglich“, erklärte Bischof Otto Dibelius in einer seiner Missionspredigten von Ende August „an eine gesplante Stadt“ und brachte damit den furchtbaren Ernst einer Spaltung der EKD zum Ausdruck, die ihre Führer seit Jahren befürchtet hatten und mit immer neuen Maßnahmen der Klugheit zu verhindern suchten bis hin zur Wahl des neuen Ratsvorsitzenden, Präses Kurt Scharf, auf der letzten Synode der EKD im Februar (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 306 f.), von dem man hoffte, es werde ihm gelingen, in seiner Person wenigstens die Verwaltungseinheit der EKD zu retten. Es kam alles anders und schlimmer.

Vorspiel: Der 10. Evangelische Kirchentag

Die Sturmzeichen wurden schon anlässlich des 10. Deutschen Evangelischen Kirchentages erkennbar, der vom 19. bis 23. Juli schließlich doch wieder in Berlin statt-

finden mußte, weil die Zonenregierung die Abhaltung in Leipzig, wie ursprünglich vorgesehen, durch unerträgliche Bedingungen verhindert hatte. Er stand unter dem Wort: „ICH bin bei euch“, ein tröstendes Wort. Für die Eröffnungspredigten hatte man jedoch ein versucherisches Wort aus dem Alten Testament ausgewählt, die Geschichte von der wunderbaren Überschreitung des Jordan durch das Volk Israel, das aus einer langen Wüstenwanderung kam, um nun das gelobte Land in Besitz zu nehmen (Jos. 3). Die Priester hatten, mit der Bundeslade im Flußbett stehend, die Wasser des Flusses aufgehalten, und trockenen Fußes zog das Volk hinüber. Präses Scharf sagte in seiner Predigt dazu: „Ich kann nicht anders, als den Bericht von der Überschreitung des Jordan auch unmittelbar auf unsere Lage zu übertragen.“ Er meinte, der Beschluß, den gefährdeten Kirchentag nun doch — auch gegen manche inneren Widerstände — in Berlin abzuhalten, gehe auf „einen recht gehörten Auftrag Gottes an die Evangelische Kirche in Deutschland“ zurück: „Laßt uns den Fuß ins Wasser setzen. Gott wird durch ein Wunder helfen.“ Während des Kirchentages geschah nichts Bedrohliches, aber es lag ein Schatten auf ihm.

Über diesen Kirchentag haben manche heftige Kontroversen in der Presse stattgefunden, die z. T. durch einen Artikel in der „Zeit“ vom 14. Juli: „Kirchentag ohne Protestanten“ aus der Feder von Rudolf v. Thadden-Trieglaff, einem Sohn des Kirchentagspräsidenten, ausgelöst wurden. „Den Kirchentag als gesamtdeutsches Ereignis, als Ort, wo sich Christen aus beiden Teilen Deutschlands treffen konnten, gibt es nicht mehr.“ So konnte man hier lesen, nicht ganz treffend, denn von den rd. 100 000 Besuchern kamen doch noch rd. 20 000 aus der Zone. „Jahrelang hat das Kirchentagspräsidium versucht, sein Schiff an den Strudeln der politischen Leidenenschaften vorbeizusteuern. Aber Manövriertkünste allein helfen nicht mehr: das Schiff ist nicht mehr seetüchtig.“ Der Kirchentag sei keine echte Laienbewegung mehr wie am Anfang. Die „Duodezherrlichkeit der Landesbischöfe“ bemächtigte sich seiner, weil sie „der Laienbewegung mißtrauten“, und machten sie zu einer „Trabanten-Aktion“. Die evangelischen Kirchen hätten 1945 gemeint, sie hätten den Kampf gegen die Staatskirche gewonnen, aber sie waren nur noch einmal davongekommen, und sie versäumten, die notwendigen Reformen vorzunehmen. Es kam mehr oder weniger die Restauration und in anderer Form „das Bündnis von Thron und Altar“. Selbst die SPD benehme sich als „seiner Majestät allerchristlichste Opposition“. Die Kirche könne der Welt nur etwas geben, wenn sie Kirche ist.

Als dann der Kirchentag vorüber war, wurde diese Kritik aus seiner Mitte zerredet: von „heimtückischem Angriff“ und „Handlangerdienst für Ulbricht“ bis zur offenen Zustimmung, die wohl am herzlichsten vom Leiter des Hilfswerks für die Aktion „Brot für die Welt“, Pfarrer Dr. Christian Berg, kam: „Gern hätte man in der Überschau über nunmehr zehn abgehaltene Kirchentage gesehen, daß sie getreu dem reformatorischen Ansatz in einem echten Gegenüber zum landeskirchlichen Institutionalismus wirklich einen tieferen Einbruch in verfestigte Strukturen vollzogen hätten“; das sei nicht gelungen. „Hunderte von Zeitschriftenartikeln, die gegen das Einmann-System (der Pfarrer) wetterten, und zehn große kirchliche Massentreffen haben an der Struktur unserer Kirche nichts geändert. Der Laie hat dort, wo sie ihm wirklich zukäme, keine verantwortliche Funktion erhalten...“